

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 1923 20 Mark...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr kostet 800 M....

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 23. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Bonar Law appelliert an Amerika.

London, 22. Februar. (WIZ.) Bonar Law sprach heute auf einem Frühstück der Union der Englischsprechenden...

der Verständigung und des Weltfriedens sein kann, noch rechtzeitig erfolgt, um die Europa drohende Katastrophe zu verhüten!

Amerika und Frankreichs Schulden.

London, 22. Februar. (WIZ.) Aus Washington wird gemeldet, die Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat einstimmig beschlossen...

Erklärungen Jaspars vor dem Kammerauschuss.

Brüssel, 22. Februar. (Eca.) Der belgische Minister des Auswärtigen Jaspars hat heute vor der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der Kammer eine Darstellung gegeben...

Poincarés neue Methoden.

Drei Arten der Taktik hat Poincaré bisher im Ruhrgebiet angewandt. Er hat zunächst versucht, durch die Verhaftung der Zechendirektoren Kohle zu erlangen...

Bergarbeiterprotest gegen Mißhandlungen.

Aufruf an die Arbeiter der Welt.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands...

- 1. Am 1. Februar ist der mehrlose Bergmann Haumann in Bredten bei Brambauer von einem französischen Soldaten grundlos in seiner hinterlistigen Weise von hinten erschossen worden.

In dem Aufruf heißt es dann weiter:

Diesen Schandtat werden von den Offizieren der Besatzungstruppen täglich neue hinzugefügt. In unermesslich grausamer Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von den Offizieren mit der Keilpeitsche mißhandelt.

Das sind so einige brutale Gewaltakte der Besatzung am Rhein und an der Ruhr. Große Erbitterung der Ruhrbevölkerung ist ihre Folge. Der Druck der Fremdherrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter, ihre Frauen und Kinder...

Der Aufruf schließt mit einem Appell an die Arbeiter der Welt, die Arbeiter an der Ruhr in dem Kampf zu unterstützen.

Renaudel antwortet dem „Vorwärts“.

Paris, 22. Februar. (Fig. Drahtbericht.) Renaudel beantwortet im „Populaire“ die Fragen, die der „Vorwärts“ auf seine Vorschläge für die Grundzüge deutsch-französischer Verhandlungen hin an ihn gerichtet hatte.

Die Ruhrhilfe.

Münster, 22. Februar. (WIZ.) Durch die Zweigstelle der westfälischen Landwirtschaftskammer in Minden sind dem Einbruchgebiete seit dem 29. Januar folgende freiwillig aufgebrauchte Lebensmittel zugewiesen worden: 9936 Zentner Mehl, 31 327 Zentner Getreide...

In Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Ruhrgebiet ist die dortige Arbeiterschaft der Auffassung, daß gerade Gewaltmaßnahmen in Frankreich nicht zu Erfolgen verhelfen.

Degoutte würde sicherlich auf die Benennung „gefehliger Strafen“ verzichtet haben, wenn im französischen Lager Klarheit darüber bestände, daß das Ruhrgebiet schließlich nicht mit einem Regieretat zu vergleichen ist.

Frankreich sucht in Erkenntnis der Schwierigkeiten, die bei Durchführung der neuen Maßnahmen drohen, schon jetzt nach deutschen Arbeitern. Zu diesem Zweck sind in Düsseldorf und in Duisburg Werbebüros eingerichtet worden.

fallen. Deshalb ist es von deutscher Seite nur zu begrüßen, wenn die Befehlsbehörden es jetzt mit Arbeitsnachweisen versuchen. Auch der Erfolg dieser Maßnahme wird zeigen, daß man in Paris die Arbeiter des Ruhrgebietes falsch eingeschätzt hat.

Staatsautorität und Selbstschutzverbände.

Zu der irtüföhrenden Veröffentlichung der „Roten Fahne“ vom 22. Februar schreibt der Amtliche Preußische Pressedienst: Vor kurzer Zeit ist nach monatelangen Verhandlungen eine Verständigung der Preußischen Staatsregierung mit den zuständigen Reichsstellen über die Mittel und Wege zustande gekommen, mit deren Hilfe die innerpolitische Beunruhigung durch die zahlreichen, trotz aller Verbote weiter bestehenden, oder unter anderem Namen neu erscheinenden Selbstschutzorganisationen endgültig beseitigt werden soll. Es galt zu verhindern, daß die bereits gekennzeichneten Vereinigungen sich Aufgaben des Bevölkerungsschutzes oder gar polizeilicher Natur annähmen, die allein von Staat und Reich zu erfüllen sind. Im Sinne des erzielten Einverständnisses wird von Staats- und Reichsregierung fortan in gleicher Weise vorgegangen und insbesondere jeder Möglichkeit oder dem Verdacht eines Zusammenhanges von solchen Verbänden mit Staats- oder Reichseinrichtungen oder mit Beamten vorgebeugt werden.

Zu den Meldungen der „Roten Fahne“ erfahren wir weiter, daß eine Sitzung, an der der preußische Innenminister Seevering gemeinsam mit dem General Seect teilgenommen hätte, überhaupt nicht stattgefunden hat. Im übrigen haben wir schon gestern gesagt, daß die „Rote Fahne“ von den wirklichen Vorgängen gar keine Ahnung hat und ihre Phantasie ins Überwichtige ausschweifen läßt. Die wirklich zu erhebenden Beschwerden sind von Genossen Schöpplin in der gestrigen — noch nicht abgeschlossenen — Reichswehrdebatte vorgetragen worden. Wir verweisen auf den Reichstagsbereich.

Erhöhung des Umlagepreises.

Ein Marktbrot 1800 Mark.

Am Donnerstag tagte der 20. Ausschuss des Reichstages, um die Preise für das vierte und fünfte Sechstel des Umlagegetreides festzusetzen. Im Januar war beschlossen worden, die Preisfestsetzung für das vierte Sechstel im Hinblick auf die politische Lage zu vertagen. In der letzten Sitzung wurde von Vertretern der Landwirtschaft durch ihren Wortführer Abg. Schiele (Dnat. Bp.) vorgeschlagen, die Umlagepreise möglichst dem freien Weltmarktpreis, der für Roggen 950 000 M. beträgt, anzupassen, weil sonst eine schwere Krise der Landwirtschaft zu befürchten sei. Schiele berief sich auf den Reichsbankpräsidenten Havenstein, der erklärt habe, daß keine Bank den Landwirten Kredit gewähren könne, solange für das wichtigste Produkt die Preise zwangsmäßig bestimmt würden.

Daß die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion auf die Notlage der breiten Massen hinwiesen, besonders auf das fortwährende Fallen des Reallohnes, ist selbstverständlich. Vom Reichsernährungsminister waren bestimmte Vorschläge nicht gemacht. Die Verbrauchervertreter schlugen schließlich vor, die Preise in dem Maße zu erhöhen, wie in dem Zeitabschnitt vom Dezember bis jetzt die Löhne und Gehälter gestiegen seien. Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt, da damit die Produktionskosten nicht gedeckt würden. Nachdem die Mehrheit des Ausschusses eine längere Sonderberatung abgehalten hatte, wurde von ihr der Vorschlag gemacht, den Preis für das vierte und fünfte Sechstel auf 600 000 M. pro Tonne zu bestimmen. Die Produktionskosten auf der Grundlage der Umlagezahlen belaufen sich auf 678 000 M. pro Tonne Roggen, während der freie Marktpreis, wie gesagt, 950 000 M. beträgt. Ein Vertreter der sächsischen Regierung schlug vor, nur eine Verdreifachung des bisherigen Preises von 165 000 M. zu bewilligen

und den Preis mit 500 000 M. festzusetzen. Die Verbrauchervertreter schlossen sich diesem Vorschlag an. Trotzdem wurde mit 13 gegen 7 Stimmen der Preis auf 600 000 M. pro Tonne Roggen beschlossen. Der Weizenpreis schließt sich verhältnismäßig an. Jedoch ist bei der Brotverfertigung der Roggen entscheidend. Wie sich künftig der Preis des Marktbrotstellers stellen wird, läßt sich noch nicht genau sagen, jedoch muß mit einem Brot von ungefähr 1800 Mark für das Marktbrot gerechnet werden. Die Regierung hat nun darüber zu beraten, wie sie sich mit dieser neuen Schwierigkeit abzufinden gedenkt und wie sie den Beschluß mit ihrem Bestreben nach der Stabilisierung der Mark in Einklang bringen will. Die Lohn- und Gehaltsempfänger werden aber alle Anstrengungen machen müssen, um ihre Einnahmen dem gestiegenen Brotpreis anzugleichen.

Um das Bankgeheimnis.

Erklärungen Havensteins.

Der Steuerausschuss des Reichstages begann am Donnerstag mit der Beratung der Anträge, die zum Kapitalverkehrsteuergesetz in zweiter Lesung gestellt waren. Die Demokraten hatten einen Antrag gestellt, daß der Wert des bei Vereinigungen von Gesellschaften (Fusionen) eingebrachten Vermögens nach den §§ 137 bis 139 der Reichsabgabenordnung und § 15 Abs. 4 des Vermögenssteuergesetzes berechnet werden soll, also nach dem bauernden gemeinen Wert. Das würde die Befreiung dieser Vermögenswerte von der Kapitalverkehrssteuer bedeuten. Ein Regierungsvertreter wandte sich gegen den demokratischen Antrag.

Obwohl der deutschnationalen Abgeordnete Helfferich mit dem Antrag der Demokraten einverstanden war, empfahl er die Lösung der auch von ihm als schwierig erkannten Frage zurückzustellen. Der Ausschuss beschloß, die Beschlußfassung über den Antrag zurückzustellen.

Im weiteren Verlauf der Beratung erstattete Reichsbankdirektor v. Havenstein einen im vorigen Sommer bei den Banken, Sparkassen und Genossenschaften aufgenommenen Bericht über die Wirkungen des Bankgeheimnisses. Er kam zu dem Schluß, daß die Nachteile dieser steuerrechtlichen Verfügung größer seien als die Vorteile, sie bedeute eine Störung des Kreditverkehrs und eine Unterbindung des Sparbetriebes, führe zur Warenhamsterei und zerstöre das Vertrauen zu den Kreditanstalten. Havenstein trat ein für die vollständige Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und Aufhebung des Depotzwanges. Abg. Dr. Herz (Soz.) trat der Auffassung Havensteins entgegen. Man habe nicht die Materie, sondern die Wirkung zu prüfen, und da habe Havenstein nicht überzeugen können. Nach seinen Ausführungen müsse man annehmen, als sei die ganze Zerrüttung unserer Währung und der Wirtschaft allein auf die Aufhebung des Bankgeheimnisses zurückzuführen. In Wirklichkeit liegen aber ganz andere Ursachen zugrunde: Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Reichsbank. Die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses gebe den Steuerzahlern ein förmliches Recht zur Steuerhinterziehung, sie schaffe zwei Klassen von Steuerzahlern. Ein solcher Schritt müsse zu erbitterten Kämpfen führen. Die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber Anträgen, die über die Kreditverhältnisse hinausgingen, sei eine absolut ablehnende. Die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges würde bei der sozialdemokratischen Fraktion den größten Widerstand finden.

Diese unabweisliche Erklärung verheißt ihre Wirkung nicht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, erklärten zwar ihre Übereinstimmung mit der Auffassung des Reichsbankdirektors, ein über die Regierungsvorlage hinausgehender Antrag wurde indessen nicht mehr gestellt. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt und zwar kommen die zwei Kernpunkte des Gesetzes zur Beratung: Bewertungsvoorschriften und Tarife.

Parolenstatistik.

Im Rheinland hat ein Genosse eine Statistik des kommunistischen Parole-Barometers in einem Kopfbild des „Ruhr Echo“ vorgenommen und dabei festgestellt, daß das Blatt in seinen 391 bisher erschienenen Nummern die Kleinigkeit von 469 Aufrufen, Forderungen, Klagen usw.

verbrochen hat. Soll man sich dabei wundern, daß vor lauter Wirrwarr in den Köpfen die Kommunisten nicht mehr wissen, was sie wollen?

General v. Watter gegen den „Vorwärts“.

Ein politischer Prozeß in Moabit.

Heute vormittag 10 Uhr beginnt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, Alt-Moabit 11, Zimmer 262, die Hauptverhandlung eines Beleidigungsprozesses, den der Generalleutnant a. D. von Watter gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Victor Schiff, vor längerer Zeit angestrengt hat.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses sei unseren Lesern kurz in Erinnerung gebracht: Am 25. August 1921 erschien im „Vorwärts“ ein Bericht über den Verlauf des sogenannten „Frontkämpfertages“ im Stadion, in dem es hieß: „Es war so ziemlich alles an Rechtsbolschewisten verammelt, was in Deutschland herumläuft: General von Watter, der russische Wehrdienstführer Kwasoff-Bermond, Graf von der Goltz.“ In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ wies nun Watter „mit Empörung ab, als Anhänger irgendeines Bolschewismus bezeichnet zu werden.“ „Er habe den Bolschewismus in jeder Form bekämpft“ usw. Wie druckten damals den Brief unter der Überschrift: „Ist er dumm, oder tut er nur so?“ in unserer Nummer vom 29. August (zwei Tage nach dem Erzberger-Mord) ab mit einem Kommentar, in dem es hieß:

„Der Rechtsbolschewismus kann die verschiedensten Formen annehmen. Einmal tritt er in aufstehenden und idiotischen Reden mit darauffolgendem Straßenräufeln, wie auf dem Frontkämpfertag im Stadion auf, ein anderes Mal äußert er sich in feigen Meuchelmorden, wie am Freitag in Orisbach; auch tragen gewisse Verhörmäßigungen einen rechtsbolschewistischen Charakter, wie jene, die vor einigen Monaten in Karlsruhe stattfand und über die vielleicht Herr General a. D. v. Watter nähere Auskunft geben könnte. Über die typische Form des Rechtsbolschewismus ist der Putschversuch, wie jener Kapp-Putsch, an dem Herr General von Watter unter Eid- und Verfassungsverbruch nachgewiesenermaßen als Kommandeur der Reichswehrdivision in Münster solange mitgewirkt hat, bis er seine Ausfluchtlosigkeit erkannte.“

Wegen dieses Angriffes strengte Watter dreifache Beleidigungsklagen an, einmal wegen des Vorwurfs des „Eid- und Verfassungsbruches“, ferner wegen der Anspielung auf die Korruptur Beheimlichung und schließlich wegen der oben angeführten Ueberschrift.

Vor Jahresfrist fand bereits eine Vorverhandlung statt, auf der zunächst nur die Zahl der unmittelbar und kommissarisch zu vernehmenden Zeugen festgelegt wurde. Beide Teile haben eine umfangreiche Beweisaufnahme eingeleitet, die sich insbesondere auf die Haltung Watters in den Kapp-Tagen bezieht. In der heutigen Hauptverhandlung werden u. a. Zeugen vernommen: der preussische Minister d. Innern, Gen. Seevering, der Führer des Bergarbeiterverbandes, Abg. Gen. Hufemann, die Abg. Gen. Klupich, Dortmund und Graf Renscheid, ferner General Kabisch, Major von Lühow, Professor Cohnen-Bonn, Polizeioberinspektor Becker-Karlsruhe. Die Interessen des Klägers vertreten die Rechtsanwälte Dr. Alberg und Peshke, die Verteidigung des „Vorwärts“-Redakteurs liegt in den Händen des Rechtsanwalts Genossen Dr. Alwin Saenger-München, Mitglied des bayerischen Landtages, und Dr. Horowiz-Berlin.

Der Prozeß gewinnt, trotz der etwas entfernt liegenden Ereignisse, die zu ihm geführt haben, dadurch an aktuellen politischen Interesse, als er zum ersten Male Gelegenheit bietet, Licht in die dunklen Ereignisse zu bringen, die sich im Ruhrgebiet abgepielt haben, als sich die dortige Arbeiterschaft gegen den Kapp-Militarismus ebenso erhob, wie sie heute den französischen Militarismus entschlossen bekämpft.

Doumergue Senatspräsident.

Als Kandidat der Linken.

Paris, 22. Februar. (EG.) Der Senat wählte heute zu seinem Präsidenten den Führer der republikanischen Linken Gaston Doumergue mit 142 Stimmen gegen den Kandidaten der Rechten De Selves, der 133 Stimmen auf sich vereinigte.

Der deutschösterreichische Reichsausschuss der Deutschnationalen Volkspartei trat kürzlich zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er wählte zum Vorsitzenden den Abg. Graf (Lüdingen), zu seinem Stellvertreter Prof. Dr. Freiherr v. Freitag-Laringshoven.

Die Ursache der Sonnenflecken.

Professor Sees Entdeckung.

Die geheimnisvolle Periodizität der Sonnenflecken, die sich in einem Turnus von rund 11 Jahren wiederpiegelt, hat aufgehört, der Menschheit Rätsel aufzugeben; sie hat auf Grund der mühevollen und schmerzlichen Untersuchungen des amerikanischen Astronomen L. J. See ihre Erklärung gefunden. Die Meldung, daß es See gelungen war, die Ursache der elfjährigen Flederperioden zu entdecken, hatte im vergangenen Sommer in der wissenschaftlichen Welt bedeutendes Aufsehen erregt; See hatte damals nur erst einen kurzen Ueberblick über seine Entdeckung veröffentlicht und die eingehende Darstellung für diesen Winter zugesagt. Die Veröffentlichung liegt nunmehr vor und bezieht sich durch die Logik ihres Gedankenganges wie durch die Sorgfalt der erhaltenen Untersuchungen, mit denen sich Prof. See volle fünf Jahre hindurch beschäftigt hat.

Man wird sich erinnern, daß schon in Sees vorläufiger Bekanntgabe seiner Entdeckung als die bestimmende Ursache der Flederperioden die Einwirkung der beiden großen Planeten Jupiter und Saturn auf das Zentralgestirn unseres Sonnensystems angegeben war. Die bestimmende Rolle dabei spielt die jeweilige Stellung der beiden großen Planeten und ihre heliozentrische Konjunktion, d. h. die Gravitationswirkung von Jupiter und Saturn in Wechselbeziehung zur Sonne ist um so größer, je näher die beiden Planeten einander stehen. See ging bei seinen Untersuchungen von früheren Arbeiten aus, in denen er dargelegt hatte, daß die Rotation der Planeten vom Einsturz meteorischer Massen beeinflusst werde, besonders bei der Sonne, Jupiter und Saturn, da diese noch nicht festen Körper am Äquator eine größere Rotationsgeschwindigkeit haben als in höheren Breiten. Hervorgehoben wird diese durch den Aufprall der Meteoriten. Der Grund dafür, daß die Metere die Sonne mehr als andere Körper des Sonnensystems beeinflussen, liegt in der überwiegenden Masse des Zentralgestirns und in den störenden Einflüssen, die die beiden größten Planeten, Jupiter und Saturn, auf die Sonne umtreibenden Meteoritenschwärme ausüben. Hierdurch werden Meteoriten zum Einsturz in die Sonne gebracht und zwar je nach der Stellung der Jupiter und Saturn in periodischem Wechsel. Soweit handelt es sich um einen rein kosmischen, in das Gebiet der Astronomie gehörenden Vorgang. Aber wir wissen, daß das Klima der Erde in einem untereinander Zusammenhang, der bisher zwar nachweisbar, in seinen Ursachen aber geheimnisvoll geblieben ist. Nun, da wir den kosmischen Vorgang kennen, können wir auch die meteorologischen Erscheinungen zwanglos deuten. In der meteorologischen Zeitschrift „Das Wetter“ weist W. Mallé, Observator an der Badischen Landeswetterwarte auf dem Feldberg, auf die bedeutsamen Zusammenhänge hin, die in Gestalt klimatischer Erscheinungen auf der Erde sich auswirken. Die Länge der Sonnenfleckenperiode, wie sie durch langjährige Beobachtungsreihen ermittelt worden ist, beträgt im Mittel 11,2 Jahre. See hat nun in bezug auf die heliozentrische Konjunktion von Jupiter und Saturn zwei Perioden von 9,8 und 11,86 Jahren gefunden; es fragt sich, ob hieraus durch Ueberlagerung der beiden Perioden die Sonnen-

fleckenperiode von 11,2 Jahren entstehen kann. Um dies zu untersuchen, hat See die Begeiterscheidung der Erde herangezogen, bei der sich ja auch mehrere Perioden überlagern. Wie hier der Einfluss des Mondes andere überwiegt, so wirkt Jupiter, dessen Masse 3 1/2 mal so groß wie die des Saturn ist, mehr auf die Metere ein als Saturn. Aus der mathematischen Unternehmung ergibt sich, daß die „Jupiter-Periode“ von 11,86 Jahren stark die „Saturn-Periode“ überwiegt und daß die resultierende Periode tatsächlich 11,18 Jahre beträgt. Diese ist jedoch auch immer nur eine Unterperiode von länger andauernden Schwankungen, was sich in der Sonnenaktivität dadurch äußert, daß nicht alle Fledermaxima gleich intensiv sind und daß die Periode zwischen etwa 8 und 13 Jahren schwankt.

See erklärt aber nicht nur die Ursache der Periodizität der Sonnenflecken, sondern diese selbst. Sein Gedankengang ist folgender: Das Einfallen der Meteoriten in die Sonne, das in der Ebene des Sonnenäquators erfolgt, bewirkt hier eine Vermehrung der Rotationsgeschwindigkeit. Da die den Polen näherliegenden Zonen hinter dem Äquatorabstand zurückbleiben, so entstehen in etwa 30 Grad nördlicher und südlicher Breite Wirbel in der Photosphäre. In diesen Zirkonen bringen Gasmassen aus tieferen Schichten empor, die kein so starkes Licht ausstrahlen und daher dunkler erscheinen als die umgebende Photosphäre: ein Sonnenfleck ist entstanden, riesenhafte Wolken von Metalldämpfen rotieren innerhalb der hellen Photosphäre. Mit dem allmählichen Nachlassen der Meteoriteinstürze wandern die Wirbelzonen Äquatorwärts; auch dies entspricht der Beobachtung, daß die Flecken gemäß ihrer Häufigkeit zu verschiedenen Zeiten verschiedene Breiten bevorzugen. Vor allem muß aber durch die Änderung der Strahlung infolge der periodischen Ausbreitung mit Flecken auch ein Wechsel der Sonneneinstrahlung aufreten und unsere irdischen Verhältnisse beeinflussen. Besonders bemerkenswert in dieser Hinsicht sind Sees Untersuchungen über die Trockenheit des Jahres 1921, die nach seiner Darstellung über die ganze nördliche Hemisphäre verbreitet war. Ein starker Meteoriteinsturz muß die Strahlenintensität der Sonne vermehren; die stärkere Strahlung rufte ihrerseits wieder eine Temperaturerhöhung auf der Erde hervor. Diese läßt den Wasserdampf in große Höhen aufsteigen, in denen es an Kondensationskernen, also an Gelegenheiten zur Nebel- und Tropfenbildung fehlt. Denn das Molekulargewicht des Wasserdampfs ist geringer als das der atmosphärischen Gase, wodurch der Wasserdampf eine größere Molekulargeschwindigkeit als Luft von gleicher Temperatur hat. Je heißer es also über irdischen Gebieten der Erde ist, um so weniger besteht Aussicht auf Niederschläge; denn wenn der Wasserdampf in der Höhe sich abkühlt und dadurch fließt, so verdampfen die etwas gebildeten Tropfen beim Niederfallen in tieferen Schichten und steigen abermals in Dampfform empor. Selbst der Regen weicht ja durch Erfahrung, daß es bei sehr großer Hitze weit schwerer als an nur mäßig warmen Tagen zu Gewittern kommt.

Die Entdeckung Sees ermöglicht mit weit größerer Genauigkeit als früher die Vorausberichtigung der Fledermaxima und -minima und damit wichtige Schlüsse auf das Klima kommender Jahre, Hitze und Dürre. In rein astronomischer Beziehung ist wichtig die Erklärung der Säkularschwankung der Erde, die eine Folge des Wachstums der Sonnenmasse durch den Einsturz von Meteoriten ist.

Walter Gropius über die Mitarbeit des Künstlers in Technik und Wirtschaft. Der Begründer und Leiter des staatlichen Bauhauses in Weimar — viel angefochten als zu radikal künstlerischer Neuerer — legte in einer grundsätzlichen Rede dem Weimarer Publikum dar, welche Ziele das Bauhaus erstrebe, gab in Lichtbildern Proben von bisher Geleistetem. Dies verfloßene Jahrhundert hat auf allen Gebieten an zumeistgehender Spezialisierung, an Zerstückelung des Zusammengehörigen. Unsere Zeit sucht die Einheit. Die nach französischem Muster geschaffenen Kunstakademien schufen eine Kunst für sich — l'art pour l'art — ohne Beziehung zur Technik und Wirtschaft, fremd dem Handwerk. In unserer Zeit verdrängt die Industrie das Handwerk, dort berät der Techniker mit dem Kaufmann, die Formgestaltung durch den Künstler fehlt. In früherer Zeit war alles Einheit, jeder Arbeitende konnte die Formelemente; daher ward das Gestaltete einheitlich. Diese Kenntnis der Formelemente den Arbeitenden zu geben, ist das Bauhaus bemüht durch seine Verbindung von Werkstätte und Formlehre, damit auch dem Arbeitenden die Arbeit besetzt werde. Dadurch wird unsere Kunst, die heute eine Solokunst ist, zur Volkskunst werden.

Die Lehrgänge muß vielseitig gestaltet werden. So werden in den Zeichnerkassen in Jena die Lehrgänge schon vielseitig herangebildet. Im Bauhaus wird mit mannigfachen Materialstudien und zeichnerischen Darstellungen des Materials begonnen. Dabei wird besonderer Wert auf die stoffliche Wiedergabe in den Zeichnungen gelegt. Dann folgt der Eintritt in die verschiedenen Werkstätten für Holzbearbeitung, Ton, Weberei, Farbe, Metall, Stein. Am Schluß der dreijährigen Lehrgänge wird eine ordnungsmäßige Gesellenprüfung vor Handwerksmeistern abgelegt. Die ersten Gesellen konnten nach etwas über dreijährigem Bestehen des Bauhauses erst jetzt entlassen werden. Deshalb kann man erst jetzt beginnen, sich ein Urteil über das Geleistete zu bilden. Darüber wird demnächst eine Ausstellung Rechenschaft ablegen. Das Bauhaus heft zu zeigen, daß auf seinem Wege die Kunst als neuer Faktor in das Wirtschaftsleben eintritt und uns befähigen wird, hochwertigste Qualitätsarbeit zu leisten, die einzige Arbeit, mit der wir bei unserem Rohstoffmangel uns erfolgreich auf dem Weltmarkt behaupten können. Wir sollen in der Sorge um das Brot nicht die Schöpfung geistigen Reichtums verlieren. — Den Schluß bildete ein Wort Friedrichs: „Das Brot, das in der Not nur an Brot denkt, ist wert, daß es untergeht.“

Die Lichtbilder zeigten Musterbilder schöner Arbeit auf den verschiedensten Gebieten, von erustischer Kleinplastik und Wandmalerei an bis zum indischen Monumentaltempel und neuzeitlichen amerikanischen Volkenthrone. Es thut das Bauhaus, daß daneben das dort Geardete, Bekannte wie Bauart, sich mit Ehren behauptete. Von Gropius und seinem Mitarbeiter Meyer selbst geschaffene Bauten, zu denen die Bauhauswerkstätten farbige Glasfenster, Holzschneidereien und anderes lieferten, waren von großer Schönheit.

Ein neues Element entdeckt? Es scheint nicht ausgeschlossen, daß im Sand von Neu-Seeland ein neues Element entdeckt worden ist. Nachdem erst kürzlich die Professoren Hensen und Coster vom physikalischen Laboratorium in Kopenhagen die Existenz des Neptuniums durch Röntgenstrahlen nachweisen konnten, weist jetzt Dr. Alexander Scott vom Britischen Museum auf ein gewisses Mineral

Gewerkschaftsbewegung

Zum Kampf in der Metallindustrie.

Obwohl auf dem Devisenmarkt eine gewisse Stabilisierung eingetreten ist und die Großhandelspreise nach dem letzten Dollarrückgang gleichfalls nachgelassen haben, wenn auch nicht in demselben Maße, steigen die Kleinhandelspreise weiter. In der Woche vom 12. bis 18. Februar sind die Lebenshaltungskosten in Berlin gegenüber der Vorwoche um 15,4 Proz. gestiegen und betragen für eine fünfköpfige Familie auf vier Wochen berechnet, 301.000 M. Gegenüber dem Durchschnitt des Monats Januar betrug die Steigerung 14,2 Proz. Es muß nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es sich hier keineswegs um ein Existenzminimum handelt. In diesen Lebenshaltungskosten sind noch nicht einbezogen die Ausgaben für Steuern, Fahrzeit, Zeitung usw. Will man das Existenzminimum errechnen, dann müssen zu den oben angeführten Lebenshaltungskosten noch etwa 30 bis 35 Proz. hinzugezählt werden. Soweit sich für die laufende Woche die Preisbewegung überblicken läßt, dürften die Kleinhandelspreise im allgemeinen die gleichen sein wie in der Vorwoche, obwohl die Ernährungskosten sich etwas vermindert haben.

Auch in dieser Woche müssen wir die oft gemachte Feststellung, daß die Löhne ganz wesentlich unterhalb des Existenzminimums bleiben, wiederholen. Auch die Löhne der bestbezahlten gelerntsten Arbeiter bleiben ganz erheblich hinter dem Existenzminimum zurück. Soweit die Gehälter der Angestellten in Frage kommen, ist es damit nicht besser bestellt. Die Unternehmer berufen sich jetzt bei allen Lohnverhandlungen auf den Dollarkurs. Sie vergessen nur eines: die Arbeiter und Angestellten auch nach dem Dollarkurs zu entlohnen. Ein Vergleich der Löhne und Gehälter der deutschen Arbeiter und Angestellten mit denen im Auslande würde ergeben, daß die deutschen Arbeiter und Angestellten nur einen Bruchteil der Löhne und Gehälter ihrer ausländischen Kollegen bekommen. Den Unternehmern fällt es auch nicht ein, bei einem Anziehen des Dollarkurses auch die Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten entsprechend zu steigern. Sie befinden sich erst auf die Devisenbewegung, wenn der Dollar zufällig einmal zurückgeht oder nicht steigt.

Typisch hierfür ist das Verhalten des Verbandes Berliner Metallindustrieller, das wir wiederholt unter die kritische Lupe zu nehmen gezwungen sind. Wir haben gegenwärtig wieder eine äußerst gespannte Situation in der Metallindustrie. Es werden dort noch Monatsgehälter für Angestellte von 70.000 bis 100.000 M. gezahlt. Bei Fällung des letzten Schiedsspruches wurden diese Gehaltsgruppen völlig übergangen und auf die Neuregelung des Rahmentarifes verwiesen, die heute im Reichsarbeitsministerium vorgenommen werden soll. Selbst die Gehälter der qualifizierten Buchhalter, die die höchste Gehaltsstufe vorstellen, betragen nach diesem Schiedsspruch 311.000 bzw. 273.000 M. Auch wenn wir noch die Frauen- und Kinderzulagen hinzurechnen, bleibt selbst das Gehalt der höchsten Gruppe unterhalb des Existenzminimums für den Monat Februar. Das Verhalten gegenüber den niedrigeren Gehaltsstufen ist ein Skandal. Wenn es die Unternehmer darauf abgesehen haben, einen Streik zu provozieren, so hätten sie nicht anders vorgehen. Das Verhalten des unparteiischen Vorsitzenden bei diesen Verhandlungen ist, gelinde gesagt, unverständlich.

Heute vormittag beginnen im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen, die den sogenannten Rahmentarif betreffen. Es handelt sich hier um die Festlegung des Prinzipals, nach dem die Unterteilung und Staffelung der Grundgehälter zu erfolgen hat. Auch über diese Frage gehen die Meinungen der streitenden Parteien weit auseinander. Das Schiedsgericht soll die Ansicht haben, bei seiner Entscheidung Erhöhungen für die bisher unbedeutend gebliebenen Anwachstgruppen zum Teil festzusetzen. Nachdem sich aber das Schiedsgericht durch seine Entscheidung vom Dienstag präjudiziert hat, kann in keinem Falle die neue Entscheidung einen Ausgleich des Konflikts bringen.

Wie uns mitgeteilt wird, sind die Urabstimmungen in den Betrieben im vollen Gange. Es ist notwendig, daran hinzuweisen, daß diese Urabstimmungen heute beendet sein müssen. Das Ortsratell Grob-Berlin des No-Bundes, R 30, Reinholdsdorfer Straße 118, ist zwecks Entgegennahme der Abstimmungsergebnisse heute ununterbrochen von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet. Alle beim Ortsratell bis Sonnabend vormittags 9 Uhr nicht eingegangenen Meldungen müssen unbedenklich bleiben und bei der Auswertung des Ergebnisses ebenfalls als Meinungsäußerungen angesehen werden, die sich gegen den Streik richten.

Die vom Reichsarbeitsministerium festgelegte Erklärungsfreist der Parteien läuft Montag, den 26. Februar 1923, vormittags ab. Es ist also unumgänglich notwendig, daß die Abstimmungen, soweit sie nicht bereits erfolgt sind, heute, Freitag, in allen Betrieben vorgenommen werden.

Kommunistische Mehrheit?

Von der SPD-Fraktion des Verbandes der Kupferschmiede wird uns geschrieben:

Bei der letzten Mitgliederversammlung unserer Organisation besuchte hat, mußte den Eindruck gewinnen, daß der übergroße Teil unserer Berufskollegen auf dem Boden der Moskauer Gewerkschaftsinternationale steht. Die in der Dezemberversammlung vorgenommene Vorstandswahl brachte auch den Anhängern dieser Gruppe eine geringe Mehrheit. Die Januarversammlung, in der es sich darum handelte, den Geschäftsführer, der der Amsterdamer Richtung angehört, ebenfalls von seinem Posten zu entfernen, zeigte aber, daß, wenn die Kollegen, die auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehen, in den Versammlungen erscheinen, die kommunistische Gruppe eine verschwindende Minderheit bildet. Selbst die vom Vorsitzenden äußerst partiell gehandhabte Geschäftsführung und auch „schlagende Beweise“ einiger KPD-Kollegen vermochten nicht, den Geist der Versammlung kommunistischen Tendenzen dienstbar zu machen.

Die in der letzten Versammlung erlittene Niederlage läßt selbstverständlich unsere KPD-Kollegen nicht ruhen, und in der gestrigen Nummer der „Roten Fahne“ fordern sie ihre Mitglieder und Anhänger auf, die heute abend im Gewerkschaftshaus stattfindende Mitgliederversammlung recht zahlreich zu besuchen, um den „mit schloßlichen Mitteln arbeitenden Amsterdamer“ entgegenzutreten.

Bei in der Versammlung mit „schloßlichen Mitteln“ gearbeitet hat, zeigen obenstehende Ausführungen auf.

Die Januarversammlung mühte für unsere Kollegen ein Knosporn sein, durch recht zahlreichen Besuch unserer heute abend stattfindenden Versammlung den KPD-Kollegen zu zeigen, daß die Mehrzahl der Kupferschmiede Berlins auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit steht und die kommunistische Propagandologie weit von sich weist. Aus dem Hinweis der „Roten Fahne“ auf die Wichtigkeit der heutigen Tagesordnung geht hervor, daß sich unsere Kollegen durch recht zahlreichen Besuch vor Über-raschungen sichern müssen.

Lohnerhöhungen im Gastwirtsgerwerbe.

Durch die Verlängerung der Polizeistunde bis 12 Uhr nachts und die Bewilligung der Tanzurlauben an drei Tagen in der Woche treten gemäß dem Schiedsspruch über das letzte Lohnabkommen in allen Betrieben Lohnerhöhungen in Höhe von 15 Proz. für alle Angestellten ab 17. Februar in Kraft. In allen Fällen, in denen irgendwelche Schwierigkeiten wegen dieser Lohnerhöhung gemacht werden, oder in denen diese Erhöhung nicht rechtzeitig ausgeht wird, ist dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten von den Betriebsräten oder Vertrauensleuten sofort Meldung zu machen. Die Organisation wird auf keinen Fall zulassen, daß sich irgendein Arbeitgeber nunmehr, nachdem Erleichterungen für das Gastwirtsgerwerbe von wesentlicher Bedeutung bei den Regierungsstellen erreicht sind, um diese Lohnerhöhung herumdrückt.

Selbstverständlich ist, daß die Lohnerhöhung nur für diejenigen Arbeitnehmer in Frage kommt, die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, also Tarifkontrahenten sind.

Die Sperre über das Refat Frank u. Reubert, Inhaberin Frau Reifson, Warschauer Str. 15, ist aufgehoben. Die dort beschäftigten Angestellten sind gewerkschaftlich organisiert.

Gehaltssteigerungen im Großhandel.

Am 20. Februar wurde für die Angestellten im Textilgroßhandel, Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffgroßhandel und Sams und Seidenwarengroßhandel für Februar eine Gehaltssteigerung um 100 Proz. auf die mit 70 Proz. errechneten Januargehälter vereinbart. Der Arbeitgeberverband empfiehlt ferner seinen Mitgliedern dringend, schnellstens eine weitere Kontostellung vorzunehmen, nachdem bereits eine 50prozentige Kontostellung am 10. Februar erfolgt ist. Gedruckte Tarifverträge mit den neuen Sätzen, welche Spitzgehälter von 302.600 M., 300.200 M. und 488.800 M. aufweisen, sind beim Zentralverband der Angestellten, Velle-Kilian-Str. 7/10, erhältlich.

Warnung der Ruhrbergarbeiter.

Die vier Bergarbeiterverbände, und zwar außer unserem „alten“ Verband der Bergarbeiter Deutschlands der Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter, sowie die Bergarbeiterabteilungen der Polnischen Berufsvereinigung und des Gewerkschafts Hirsch-Dunker, wenden sich mit folgendem Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebiets:

„Die Ereignisse der letzten Tage, vor allem die Mißhandlung und Verhaftung von Funktionären der Arbeitnehmerorganisationen, besonders der Bergarbeiterverbände, zeigen mit Deutlichkeit, daß die Besatzung versucht, die Arbeiterschaft zu provozieren. Ihre bisherige ruhige, aber entschlossene Abwehrhaltung wird den Eindringlingen un bequem. Sie versuchen, durch einen allgemeinen Aufstand der Arbeiter und durch blutige Zusammenstöße mit ihnen ihr Ziel zu erreichen, was ihnen bis jetzt nicht möglich gewesen ist. An die Bergarbeiter rufen wir deshalb die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit wie bisher zu bewahren. Nur dadurch wird es gelingen, den Abwehrkampf gegen die Fremdherrschaft siegreich zu beenden.“

Dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus wäre nichts erwünschter als ein allgemeiner Aufstand der Ruhrbevölkerung. Die Kommunisten und Anarchisten, die fortgesetzt nach dem Generallstreik rufen, unterstützen bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés.

Kameraden! Treibt diesen Generallstreikpropagandisten entgegen! Wahrt Ruhe und Besonnenheit! Folgt den Weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen!

Auch im Saargebiet suchen die Kommunisten auf „Verschärfung des Streikdruckes“ hinzuwirken, und da sie selber dort keinen Einfluß haben, zumal fast die Hälfte der Saar-Bergarbeiter dem christlichen Verbände angehört, suchen sie auf dem Wege einer Verbindung mit der Moskauer Richtung der Bergarbeiter im nahen Lothringen ihre Sonderaktion zu betreiben, womit sie dem französischen Militär in die Hände arbeiten, das bisher vergeblich auf irgendeinen Anlaß zum „Einschreiten“ gewartet hat. Da den Lothringer Kommunisten die Tür geöffnet wurde, klagt man über „bewußten Verrat“ der Interessen der kämpfenden Bergarbeiter durch ihre Streikleitung. Nun, solche Schimpfereien der Kommunisten sind ungefährlicher als ihre „Aktionen“.

Um die Innungsarbeitsnachweise.

Diese Gebilde, die schon längst jede Existenzberechtigung verloren hatten und denen sie nach der gesetzlichen Regelung erst recht fehlt, suchen jetzt ihre Rettung aus den Bestimmungen des § 26 Abs. 2 herzuleiten, wonach dem Reichsamt die sachliche Aufsicht über die der Berufsberatung und Beiratsstellenvermittlung dienenden Einrichtungen zusteht. Insbesondere stützt man sich auf folgenden Satz:

„Nur falls durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen diese (von dem Reichsamt aufzustellenden) Grundzüge der Zweck der Berufsberatung oder Beiratsstellenvermittlung gefährdet wird, kann das Reichsamt mit Zustimmung seines Verwaltungsrats die Schließung solcher Einrichtungen verlangen; diese ist dann von den obersten Landesbehörden durchzuführen.“

Es soll nicht bestritten werden, daß die Innungsnachweise in verschwindend geringem Maße auch der Beiratsstellenvermittlung dienen, die jedoch meist von den Obermeistern besorgt wurde, soweit sie nicht auf privatem Wege erfolgte. Doch von Berufsberatung konnte und kann bei den Innungsnachweisen die Rede nicht sein. Nunmehr scheinen die Innungen mit Arbeitsnachweis sich an diese Bestimmung zu klammern, die gesamte Beiratsstellenvermittlung durch ihre Arbeitsnachweise gehen zu lassen und etwas

in den öffentlichen Arbeitsnachweis übergeführt werden kann, muß sich auf die Bestimmungen des Abschnittes IV, aus dem gefolgert wird, daß nur auf Antrag der Innung selber der Innungsnachweis Ähnliches wie eine Berufsberatung einzuführen. Ferner stützt man jedoch zugeben, daß die Ueberführung in ein Arbeitsnachweissamt auch dann erfolgen kann, wenn der Innungsnachweis den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt oder seine Tätigkeit für seinen Geltungsbereich dauernd ohne nennenswerte Bedeutung ist — was mit vereinzelten Ausnahmen auf alle Innungsarbeitsnachweise zutrifft. Nur unter der gegenteiligen Voraussetzung in Verbindung mit anderen Gründen können nicht gewerbmäßige Arbeitsnachweise neu errichtet oder in ihrer Selbständigkeit wiederhergestellt werden, mithin auch Innungsarbeitsnachweise.

Das alles ändert nichts an der in der Gewerkschafts- presse gemachten Feststellung, gegen die sich die Handwerker- presse wendet, daß die Innungsarbeitsnachweise ihre Rolle ausgespielt haben, zumal da die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Vereinigung unterlagt ist, was zur Kontrolle der Arbeiter für die meisten Innungsnachweise die Hauptsache war.

Sind Lehrlinge Arbeitnehmer?

Am 27. Juni v. J. fällt das Oberlandesgericht Hamm i. B. als Revisionsinstanz ein Urteil, wonach ein Schiedsspruch als rechtsverbindlich erklärt anzusehen ist, auch wenn er auf Beiratsrat (auch im Handwerk) Bezug nimmt. Die betreffende Innung wollte sich dabei nicht beruhigen, sondern das Reichsgericht als letzte Instanz anrufen. Jetzt wird bekannt, daß das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen hat, da vom Kläger der Gebührenvorbehalt nicht gestellt wurde. Durch diese Zurückweisung ist das in Hamm gefällte Urteil nunmehr endgültig. Da es von weittragender prinzipieller Bedeutung ist, seien einige Absätze aus der Urteilsbegründung hierdurch nochmals der Öffentlichkeit unterbreitet.

Sind Lehrlinge Arbeiter?

Hierzu sagt das Oberlandesgericht Hamm i. B.: „Lehrlinge sind unter Titel VII der Gewerbeordnung unter den „Gewerblichen Arbeitern“ besonders aufgeführt. Es kann daher nicht unzweifelhaft sein, daß sie als „Arbeiter“ anzusehen sind, und daß neben dem Charakter des Lehrvertrages als eines den Meister zur sachgemäßen Ausbildung des Lehrlings verpflichtenden Vertrages, auf der anderen Seite auch eine den Lehrling zur wirklichen Arbeitsleistung, besonders gegen Ende der Lehrzeit, verbindende Verpflichtung vorliegt.“

Wie kann ihre Entlohnung geregelt werden?

Die daraus sich ergebende Frage, ob eine Entlohnung des Lehrlings geboten ist und in welcher Höhe ist somit eine Frage des Arbeitsverhältnisses. Ihre Regelung kann daher durch Vertrag (d. h. Tarifvertrag) (D. Red.), aber auch nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 durch Schiedsspruch und Verbindlichkeitsklärung erfolgen. . . . Vorliegend kann dies um so unbedenklicher festgesetzt werden, als Innung und Handwerkskammer, wie unstreitig ist, eine Regelung der Lohnfrage nicht vorgenommen haben. Es ist somit unerheblich, ob durch die Lehrverträge der Kläger ein Lohn überhaupt nicht festgesetzt ist oder mit niedrigeren Sätzen, als der Schiedsspruch sie vorsieht.

Können bestehende Lehrverträge abgeändert werden?

„In beiden Fällen ist, da der Schiedsspruch zwischen den Arbeitnehmerorganisationen, denen die Kläger unstreitig angehören, sowie der Schlichterinnung, der der Beklagte angehört, erlassen ist, der Lehrvertrag durch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch abgeändert worden.“

Die letzte Aeußerung würde bedeuten, daß nur bei Mitgliedern der betreffenden Organisationen der Schiedsspruch, oder gegebenenfalls gesamtvertragsliche Abmachungen, entgegenstehende Bestimmungen von Einzelverträgen aufheben.

Ueber alle die bekannten Einmände der Handwerkerorganisationen, die den Lehrling aus allen Gesetzmäßigkeiten, wie Tarifverträge, Schiedsgerichte usw. ausschalten wollen, geht das Urteil danach statt hinweg. Es wird gut sein, auf die Entscheidung zurückzugreifen, wenn wieder ähnliche Streitfragen gerichtlich ausgetragen werden.

Aus der Tarifbewegung in Deutschland.

Ende 1921 bestanden in Deutschland 11.483 Tarifverträge für 697.476 Betriebe und 12,8 Millionen Beschäftigte, es waren 263.000 Betriebe und 3,3 Millionen Beschäftigte mehr tariflich erfaßt als Ende 1920. Für Angestellte bestanden 1921 1481 Tarifverträge für 145.487 Betriebe und 1,8 Millionen Personen, gegen 1272 Tarifverträge, 70.258 Betriebe und 931.357 Personen Ende 1920. Weitens die meisten Personen, nämlich 20,2 Proz. aller, wurden tariflich in der Metall- und Maschinenindustrie erfaßt, dann folgt die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau und die Hüttenindustrie, das Spinnstoffgewerbe und der Handel. Die meisten weiblichen Personen wurden in der Land- und Forstwirtschaft erfaßt, beinahe ebensoviel in der Textilindustrie, dann in weitem Abstand in der Metallindustrie. 95,1 Proz. aller Tarifverträge für 95,3 Proz. der erfaßten Betriebe und 95,7 Proz. der darin Beschäftigten kamen durch friedliche Vereinbarung zustande, nur 3,9 Proz. nach Streiks oder Aussperrung. Allgemein verbindliche Tarifverträge bestanden in Deutschland Ende 1922 1738, davon 79 Reichstarifverträge, 1073 Bezirkstafel- und 586 Ortstafel. An der Spitze der allgemeinerbindlichen Tarife steht das Handelsgewerbe mit 256, ihm folgt das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 173, Land- und Forstwirtschaft mit 48, die Metallindustrie mit 138 und die Textilindustrie mit 108.

Die Löhne in den Velaat-Elektrizitätswerken wurden durch Nachverhandlungen für die Zeit vom 14. bis einschließlich 27. Februar wie folgt festgelegt: Gruppe I 1250 M., Gruppe II 1220 M., Gruppe III 1200 M., Gruppe IV 1150 M., Gruppe V (Mindererwerbssfähige) 980 M., Gruppe VI (Frauen) 900 M. pro Stunde. Die Frauenaufgabe beträgt wöchentlich 1920 M., die Ainderzulage 3540 M. je Kind. Letztere wird bis zum 17. Lebensjahr gezahlt, sofern der wöchentliche Verdienst geringer ist wie die jeweilige Ainderzulage. Die Disziplinierung des Zentralverbandes der Maschinen- und Feinzer.

Verband der Maler, Lackierer usw., Filiale Berlin. Heute findet eine Mitgliederversammlung statt. Die Disziplinierung.

Die Disziplinierung. Am Freitagabend 16-17, großer Saal, Versammlung. „Lohnbau oder Kampf?“ Bericht über die weiteren Verhandlungen im R.A.R. Anweisung: Mitgliederabend des R.A.R., Einlaß und 200.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Druck: 1 Blatt.



Blitzmädel SEIFEN-PULVER

ist ein billiges und gutes Reinigungsmittel für Wäsche, Haus und Küche; Blitzmädel Seifenpulver kann zum Waschen und Reinigen nach jeder Methode, auch in Waschmaschinen, gebraucht werden. Es entfernt den Schmutz aus aller Art Wäsche spielend leicht, ohne üble Gerüche dabei zu entwickeln.

Herbereiter: Sunlicht Gesellschaft A.G., Mannheim-Rheinheim.

Eine Arbeitsitzung der Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten hatten gestern eine ungewöhnlich lange Sitzung, aber in ihrer erledigten sie in flotter Arbeit eine reichlich lange Reihe von Vorlagen und Anträgen.

In der Sitzung gelangte zunächst ein Dringlichkeitsantrag der Wirtschaftspartei zur Annahme, der verlangt, daß vom Magistrat (Schlichtung) Maßnahmen zum Abbau der unerträglich gewordenen Brot- und Kaffeepreise getroffen werden.

Um die „Soziale Frauenschule“ einzuweilen bis Ende März d. J. lebensfähig zu erhalten, ist mindestens 1 Million erforderlich. Zugleich soll der Magistrat eine Vorlage über das Fortbestehen des Institutes über die hinaus der Verfallung zugehen lassen.

Entsprechend der Reichslohnregelung hat der Magistrat für die zweite Hälfte Januar die

Löhne für die städtischen Arbeiter

einfach, der Ortslohnzulage erhöht; die Mehrkosten bis Ende März sind 2,9 Millionen. Ein Antrag der Kommunisten ersucht den Magistrat, bei den nächsten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eine Änderung des prozentualen Verhältnisses zwischen Männer- und Frauenlöhnen herbeizuführen.

Am 25. Januar haben die Kommunisten den Magistrat befragt, ob er bereit sei, auf die Reichsregierung einzuwirken, damit Devisenkäufe von Reichsbehörden unterbleiben. Dr. Rosenberger (Komm.) führte aus, daß, wenn auch die Anfrage heute durch die Ereignisse überholt sei, es doch unumgänglich sei, das Standardverfahren namentlich der Reichsbahnverwaltung zu brandmarken.

Vom 14. Dezember d. J. datiert der Antrag der Demokraten, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Staatsbehörden dahin zu wirken, daß die Errichtung von

Allmateralienhandlungen

von einer nach dem Bedürfnis und der Eignung des Antragstellers

zu regierenden Konzession abhängig gemacht und die bestehenden Geschäfte einer scharfen Kontrolle unterworfen werden.

Auch dieser Antrag wurde angenommen, nachdem der Dem. Hausberg für die standalöse Zunahme der Räuberei von Dachrinnen, Türlinken usw. und für die eingerissene Hehlerwirtschaft sehr scharfe Worte gefunden, Herr Richard Kunze aber auch diese Gelegenheit zu einer kleinen Heße gegen die Galgler, „die Lieblinge unserer heutigen Regierung“, benutzte hatte.

Zu einer lebhafteren Erörterung führte der Antrag der Wirtschaftspartei, den Magistrat zu ersuchen, die Belieferung der Krankenhäuser mit Fleisch und Wurstwaren durch die

Städtische Schlächtereien in Hohenrechtsfelde

in Zukunft zu unterlassen, da die Preise um vieles teurer seien, als die Preise des privaten Handels. Für den Antrag lieferte Müdel, Obermeister der Berliner Fleischierinnung, die Begründung. Dörr (Komm.) und Genosse Brolat vertrauen ihm gegenüber gleichmäßig die Interessen der städtischen Bevölkerung im allgemeinen und die des städtischen Unternehmens in Hohenrechtsfelde im besonderen. Herr Müller-Franken (Wirtschp.) ließ sich dahin aus, daß die Allgemeinheit, nämlich die städtischen Krankenhäuser, nicht unter dem vielleicht verunreinigten Betriebe in Hohenrechtsfelde leiden dürfe.

Der demokratische Antrag auf unverzügliche Einberufung der Bürgerdeputierten in die städtischen Deputationen wurde angenommen.

Darauf vollzog die Versammlung die Wahlen für die einheitliche Bezirksschulausschüsse und für den einheitlichen Bezirksschulausschuß. Gewählt wurden durch Jurist Stadt, Grapentin und Direktor Tropfke, beide Deutsche Volkspartei; unter den gewählten Bezirksverordneten für die Deputation befinden sich Merien (Dem.), Hackenberg (Deutschn.), Genosse Kreuziger und Genossin Riedger. Zu den 7 Bürgerdeputierten im Bezirksschulausschuß gehören auch Genosse Dr. Berg und Direktor Boh (Komm.).

Der von den Bürgerlichen am 30. Januar eingebrachte Antrag betr. die Einrichtung von Förderkursen für die Schüler, die im Herbst 1923 drei Jahre schulpflichtig sind, aber erst zu Ostern 1925 in eine höhere Lehranstalt aufgenommen werden können, fand mit großer Mehrheit Annahme, nachdem sich auch Genosse Witte dafür ausgesprochen hatte.

Endlich nahm die Versammlung noch den Zentrumsantrag auf umgehende restlose Auszahlung der den Angestellten der Straßenbahn zustehenden Bezüge ohne Aussprache an.

Neue Preissteigerungen.

Zum März Elektrizität 800 M., Straßenbahn 250 M.

Der ständige Werksausschuß hat jetzt den Februar-Tarif für elektrisches Licht mit 800 M. festgesetzt. Wie wir schon berichtet haben, ist er damit ziemlich weit unter den Vorschlägen der Verwaltungen geblieben, die einen Tarif von 1040 M. wünschte. Aus einer Statistik der Tarife, die im allgemeinen in Norddeutschland zurzeit Geltung haben, geht hervor, daß fast alle großen, mittleren und kleinen Städte für den Monat Februar einen Elektrizitätstarif von zum Teil weit über 1000 M. haben. Einzelne Städte sind sogar schon bis 1600 M. gekommen. Berlin ist also auf diesem Gebiete glücklicherweise immer noch nicht führend.

Für die Straßenbahn wird die Verkehrsdeputation am nächsten Montag den Tarif erneut festsetzen. Nach den Vorgesprächen, die gestern zwischen den Fraktionen stattgefunden haben, ist mit einer Erhöhung des Einheitsstarifes auf 250 M. zu rechnen, der dann am 1. März in Kraft treten würde. Die vorläufige Tarifpolitik der Verkehrsdeputation, die nur Schritt für Schritt in der letzten Zeit Tarif-erhöhungen vorgenommen hat, hat sich insofern bewährt, als die Abwanderung von der Straßenbahn in letzter Zeit fast ganz zum Stillstand gekommen ist. Wenn der Dollar jetzt wirklich stabil bleiben sollte, dann wird es zweifellos in kurzer Zeit der Straßenbahn gelingen, über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten absolut hinwegzukommen. In anderen norddeutschen Großstädten ist jetzt fast überall der 300-Mark-

Tarif durchgeführt. Leipzig, das am 11. Februar den 300-Mark-Tarif einführt, beabsichtigt auf 400 M. zu gehen. Hoffentlich gelingt es in Berlin solche egorbitante Steigerungen zu vermeiden.

Berlin hat den billigsten Straßenbahntarif.

Das städtische Nachrichtenamt verleiht folgende Notiz: Berlin hat derzeit den billigsten Straßenbahntarif aller deutschen Großstädte, wobei die mittlere Fahrtdauer eines Fahrgastes in Berlin um 30 bis 50 Proz. länger ist, als bei den anderen Straßenbahnen. Während der Fahrpreis in Berlin erst 200 M. ausmacht, der unter Berücksichtigung der verschiedenen Ermäßigungen und Zeitsparen für die Verwaltung nur eine Durchschnittseinnahme von kaum 150 M. auf den Fahrgast bedeutet, hat Leipzig bereits einen Fahrpreis von 300 M., der voraussichtlich am 1. März auf 450 M. erhöht werden wird; München 250 M. und 300 M., wobei die Münchener Straßenbahn infolge der vorhandenen Wasserkraft-Elektrizitätswerke den Strom um etwa ein Siebentel des Preises bezieht, wie die Berliner Straßenbahn. Ebenso hat Hamburg bereits einen Fahrpreis bis zu 300 M., der voraussichtlich nächste Woche erhöht werden wird. Eisen, Kochen einen Preis von 500 M. und darüber. Nur durch die weitgehende Einschränkung aller Ausgaben war es in Berlin überhaupt möglich, bis jetzt den im Vergleich zu anderen Städten so niedrigen Fahrpreis von 200 M. aufrecht zu erhalten.

Reichsmittel für den Ausbau der Nord-Süd.

Eine Milliarde Kostenbeitrag.

Das Reichsfinanzministerium soll die Summe von einer Milliarde Mark für den Ausbau der in Angriff genommenen Strecke Halle-Elbe-Ter-Kaiser-Friedrich-Platz der Nord-Südbahn zur Verfügung stellen. Dieser Bauabschnitt soll zunächst unter allen Umständen fertiggestellt werden, da man von der Weiterführung der Nord-Südbahn bis zur Geseleinaufnahme eine weitere Steigerung des Verkehrs erhofft. Ueber die Beschaffung der sehr erheblichen Mittel für den Bau der Reststrecke Kaiser-Friedrich-Platz-Hermannplatz schweben augenblicklich noch Verhandlungen — hinsichtlich der UGS-Schnellbahn steht die Stadt Berlin auf dem Standpunkt, daß sie auf Grund des gegen die UGS. ergangenen Reichsgerichtsurteils unter allen Umständen den Weiterbau dieser Schnellbahn verlangen kann. Die UGS. habe die Bürgerschaft für die Schnellbahngesellschaft übernommen und habe somit für alle Schäden, die aus der Nichterfüllung der Baupflichtung entspringen. Am 5. März findet die Generalversammlung der UGS-Schnellbahngesellschaft statt, die über die Liquidation des Unternehmens beschließen soll.

Die Ehrung der Märzgefallenen.

Der Antrag unserer Genossen, aus Anlaß der 75. Wiederkehr des Todestages der Opfer des 18. März 1848 den Friedhof der Märzgefallenen durch Anbringung einer angemessenen Umwehrring mit entsprechendem Eingangstor in einen würdigen Zustand zu versetzen, und innerhalb der Umwehrring einen einfachen Denkstein zu errichten, ist vom Stadtverordneten-Ausschuß, an den er verwiesen war, von den Vertretern aller bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Das zarte Gemüt des Demokraten Merien war peinlich davon berührt, daß unsere Genossen den Antrag als eine politische Demonstration bezeichneten. Er befand sich dabei in voller Uebereinstimmung mit dem deutschnationalen Pfarrer Koch, dem, wie er sagte, die Bewegung von 1848 auch „antipathisch“ ist und der den Friedhof im Friedhofshain wie jeden anderen Friedhof in gutem Zustand erhalten will, aber eine Ehrung der Märzgefallenen ablehnt. Nach Ablehnung ihres Antrages stimmten unsere Genossen für den farblosen Antrag Wertens: „Der Magistrat wird ersucht, baldigst eine Vorlage zu machen, wie der Friedhof der Märzgefallenen dauernd in würdigen Zustand zu erhalten ist“, der dann einstimmig angenommen wurde. Gespannt kann man darauf sein, ob die Demokraten auch im Plenum die Ehrung der Märzgefallenen ablehnen werden, welche sogar die unrichtigst bezeichneten Berliner Kommunalfreiwirtschaftler den Opfern der Märzämpfer zugeordnet hatten.

Mutter und Tochter am Verhungern? Im dritten Stockwerk des Hauses Lorenstraße 16 in Rietzfelde wurden die 66 Jahre alte Witwe Rentiere Johanna Hoffmann und ihre 84 Jahre alte Tochter Sally völlig erschöpft und hilflos angetroffen. Ein herbeigerufener Arzt konnte einen genauen Befund nicht geben, er scheint jedoch, daß beide Frauen kurz vor dem Hungertode standen. Mutter und Tochter wurden sofort nach dem Städtischen Krankenhaus in Rietzfelde geschafft.

(Nachdruck verboten. Der Welt-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Santos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überleitet von Julian Campers.

Andersons dumpf dröhnendes Lachen verhallte allmählich. Sergeant Higgins kam in die Baracke, ging an Chrisfield heran und sagte mit harter Dienststimme: „Du bist verhaftet. ... Small, bewache diesen Mann, hol dein Gewehr und einen Patronengürtel.“

Er ging hinaus. Alle schauten neugierig auf Chrisfield. Small, ein Mann mit rotem Gesicht und langer Nase, die ihm über die Oberlippe herunterhing, schob sich blöde hinüber an seinen Platz neben Chrisfields Lagerstelle und ließ sein Gewehr mit großem Krach auf den Boden fallen. Jemand lachte. Andrews ging zu ihnen, mit einem beunruhigten Blick in den blauen Augen.

„Was ist los, Chris?“ fragte er leise. „Habe dem Drecker gesagt, daß er mir gestohlen bleiben kann.“ sagte Chrisfield mit gebrochener Stimme.

„Andy, niemand sollte mit dem spaßen.“ meinte Small. „Weiß überhaupt nicht, warum mir immer solch dreckige Arbeit aufgehalst wird.“

Andrews ging weg, ohne Antwort zu geben. „Keine Sorge, Chris, werden dir nichts tun.“ sagte Judkins und grinste ihn gutmütig von der Tür aus an.

„Ist mir auch schnurz egal.“ antwortete Chrisfield. Er setzte sich zurück auf seine Lagerstelle und sah hinauf an die Decke. Die Baracken waren voll von dem Geräusch des Säubernachens. Judkins legte den Boden mit einem Besen. Ein anderer schlug die Schwalbennester mit einem Bajonett herunter. Die Kester fielen auf den Boden und erfüllten die Luft mit einem Gemisch von Federn und dem Geruch von Vogelschmutz. Die kleinen, nackten Körper der Schwalben mit ihren orangefarbenen Schnäbeln gaben einen dumpfen Laut, als sie auf die Bretter des Bodens aufschlugen, mo sie liegen blieben und schwach quiekten. Inzwischen flogen die großen Schwalben mit schrillum Beschrei in der Baracke hin und her.

„Hob sie doch auf!“ sagte Small. Judkins legte gerade die Ketten, quiekenden Körper mit dem Schmutz und Staub

hinaus. Ein etwas dicker Mann, älter als die übrigen, beugte sich hinab und hob die kleinen Vögel, eins nach dem anderen auf und spigte seinen Mund mit zärtlichem Ausdruck. Er formte aus seinen beiden Händen eine Art Nest, aus dem sich die langen Hälse und die offenen, orangefarbenen Schnäbel herausstreckten. Andrews stieß in der Tür auf ihn.

„Hallo, Dad.“ sagte er. „Was ist los?“

„Ich hob die gerade auf. Sie konnten diese armen kleinen Biester nicht ungestört lassen dort oben. Bei Gott, es schaut so aus, als ob sie ausgezogen wären, allem Schmerz zugefügt, Vogel, Tier und Mensch.“

„Krieg ist kein Pizanz.“ warf Judkins ein.

„Das ist kein Grund, noch mehr Schmerzen zu bereiten, als man sowieso muß.“

Ein Gesicht mit spikem Rinn und einer Nase, über der eine pergamentfarbene Haut sich spannte, erschien in der Tür.

„Hallo.“ rief der Marktender. „Ich wollte euch nur sagen, daß ich die Kantine morgen eröffne. Es wird Schokolade, Rigarellen, Seife und alles geben.“ Alle riefen Beifall. Der Marktender strahlte vor Freude. Seine Augen fielen auf die kleinen Vögel in Dads Händen.

„Wie konntest du nur.“ sagte er. „Ein amerikanischer Soldat darf nicht grausam sein. Ich hätte das nie geglaubt.“

„Da wirst du noch viel zu lernen haben.“ murmelte Dad und wackelte auf seinen Säbelbeinen hinaus in die Dämmerung. Chrisfield hatte die Scene an der Tür die ganze Zeit über beobachtet. Eine heftige Nervosität, die er niederkämpfen wollte, kam über ihn. Es war nutzlos, immer und immer zu wiederholen, daß alles zwecklos sein werde. Die Aussicht, allein vor die Offiziere gebracht zu werden, ins Kreuzverhör von diesen kurzen, scharfen Stimmen genommen zu werden, erschreckte ihn. Was sollte er machen? fragte er sich immer und immer wieder. Er würde verwirrt werden und Dinge sagen, die er gar nicht meinte, oder schließlich gar nichts zu sagen wissen. Wenn nur Andy mit ihm gehen könnte, meinte er. Andy war gebildet wie die Offiziere. Der würde sich selbst und seinen Freund verteidigen können. Wenn sie es nur gestatten würden!

Chrisfield hörte dem Sprecher in seiner Nähe zu, als ob die Laute aus einer anderen Welt kämen. Er war schon ganz abgeschnitten von den Kameraden. Er würde verschwinden, und sie würden nie wissen und sich auch nie darum kümmern, was aus ihm geworden sei.

Das Zeichen zum Essenholen kam, und die Soldaten reichten sich auf. Er konnte ihre Worte drauhen hören, und das Klappern ihrer Ehrgeschirre, als sie sie öffneten. Er lag auf seinem Lager und starrte hinaus in das Dunkel. Ein schwaches blaues Licht kam noch von drauhen und überstrich das rote Gesicht von Small und seine lange, gebogene Nase, von der ein glühender Tropfen herabhing, mit einer seltsam violetten Farbe.

Chrisfield fand Andrews, als dieser gerade ein Hemd in dem Wache wusch, der durch die Trümmer des Dorfes hindurch stieß. Der blaue Himmel, an dem rosa-weiße Wolken standen, gab dem hellen Wasser einen bläulichen Schimmer. Unten, am Grunde konnte man zerichlagene Helme und Ausrustungsgegenstände sehen. Andrews wandte den Kopf. Er hatte Schmutz auf der Nase und Seifenkieden auf dem Rinn.

„Hallo, Chris!“ sagte er und sah ihn mit seinen leuchtend blauen Augen an. „Wie gehts?“

Seine Stirn zog sich besorgt zusammen.

„Zweidrittel des Monatsoldes und Urlaubsentziehung.“ sagte Chrisfield froh.

„Da bist du gut weggekommen.“

„Ja, ja, sagten, ich sei ein guter Schütze und so; und so ließen sie mich diesmal laufen.“

Andrews begann sein Hemd zu reiben. „Dies Hemd ist mir so schmutzig geworden, daß ich kaum glaube, es jemals wieder rein zu bekommen.“ sagte er.

„Bist mal her, Andy, ich werd's waschen. Du kannst so was nicht.“

„Doch ich werd's tun.“

„Nach daß du wegkommst!“

„Danke dir schön.“

Andrews stand auf und wuschte mit seinem nackten Unterarm den Schmutz von der Nase.

„Ich werde das Was doch erschießen.“ sagte Chrisfield, das Hemd reibend.

„Sei nicht so'n Idiot, Chris!“

„Und ich tu's doch, bei Gott!“

„Was hat denn das für'n Sinn? Du wirst ihn wahrscheinlich doch nie wiedersehen!“

„Ich werd's doch tun!“

Er wrang das Hemd sorgfältig aus und schlug es Andrews um das Gesicht.

„Da ist es.“ sagte er. (Fortsetzung folgt.)

Vom Junggesellen.

Mit dem Gelde möchte es ja am Ende tanzen, obgleich es für viele gewiß kein Vergnügen ist, 1000—2000 M. für eine Mahlzeit auszugeben. Aber er wird nicht satt — unser junger Mann; er ist kein fleischlicher Bureaucrat, sondern hat Bewegung genug in seinem Verstande, um ordentlichen Appetit zu haben. Und da ist er auf den Gedanken gekommen, selber Koch und Köchin zu sein. Er wohnt ja nicht im feinen Westen, wo die Stuktur der möblierten Zimmer durch den Rückenschmerz beizubehalten werden könnte; in seinem Quartier hat man noch richtige Oefen, feuert mit Bräutchen, Braunkohle oder wohl gar mit Torf. Bei der Wirtin mitzukochen, ist nicht immer angenehm; wenn er schnell etwas braten will, hat er gerade alle „Lücher“ des Herdes belegt und dann ist die Verrechnung des Brennmaterials bei diesem Nebeneinander auch nicht immer ganz leicht und erfreulich. Also selbst ist der Mann! Ein Spiritus- oder Petroleumkocher ist bald angeschafft, desgleichen ein Topf mit Deckel, eine Bratpfanne und ein besonderes Gefäß für Tee- und Kaffeebereitung. Ferner Zeller, Schüssel, Messer, Gabel, Löffel. Nun kann die Kunst erprobt werden — meist wird es sich um schnell fertig werdende Speisen handeln. Auch Suppen gibt es, die schnell zu bereiten sind, ferner nahrhafte Gerichte, wie Ofsen- und Nondamin.

Wer den gastronomischen Zug hat, wird seine Freude an der „Arbeit“ haben — das unangenehme Abwaschen überläßt man lieber der Wirtin. Es ist bekannt, daß viele Männer, die verheiratet sind, die Reinigung haben, sich als „Topfkocher“ aufzuspielen. Andererseits ist es doch eine charakteristische Tatsache, daß die besten Köche und Köchinnen aus männlicher Feder geflossen sind, und die Köche bedeutender Männer sind fast ebenso beliebt geworden, wie ihre Herren. Natürlich gehört Veranlassung dazu und dann noch etwas, was man — „Liebes- und Kochkunst“ nennen möchte. Wer in Süddeutschland gelebt oder wenigstens längere Zeit dort ist, wird den Unterschied zwischen bayerischer und württembergischer Küche empfunden haben. Die netten „Schwabenmädel“ kochen eben mit mehr Liebe; so eine Suppe mit Einlage ist etwas Besonderes, jedenfalls ganz anderes als die wässrige Trübe mit den paar Fettsäuren. Ob die Selbstbereitung des Essens billiger zu stehen kommt, als das Menu des Restaurants? Wir wollen das hingestellt sein lassen, aber das eine scheint sicher zu sein, der talentvolle Junggeselle-Koch wird besser ernährt sein. Und da möchte man ihm eins besonders ans Herz legen: die Aufgabe, ein gut sättigendes Morgenfrühstück zu bereiten. Der Engländer und Amerikaner z. B. sättigt in der Frühe bereits etwas Warmes, Eier oder gebratene Fische. So gewöhnt, geht er mit voller Kraft an die Arbeit, während der Deutsche Kaffee und Brot eifrig herunterwürgt und mit der Zeitung in der Hand zur Bahn stürzt. Auch in Holland legt man auf den Morgen ein großes Brot. Käse wird nicht, wie bei uns, abends, sondern früh verzehrt.

Die oben genannten Heilmittel, Spiritus usw. stehen zurzeit nicht weniger unter dem Geißel der Teuerung als die Lebensmittel, nachstehender Hinweis auf eine billige Kochmethode wird daher willkommen sein. Wo ein Ofen mit einer Roste vorhanden ist, kann man im Ofen kochen — wenigstens im Winter, was den Vorteil hat, daß das Zimmer warm wird. Entweder stellt man den Topf auf die in starker Glut befindliche Brennmasse — dann geht es sehr schnell — oder man schiebt den Topf auf die Roste und legt das Brennmaterial im Ofen rechts und links herum. Natürlich heißt es aufpassen, nachsehen, eventuell auch neues Brennmaterial geschickt nachlegen. Aber die Mühe lohnt sich; man kann lange Zeit gebrauchte Gerichte, wie Fleisch mit Kohl, Erbsen, Reis u. dergl. bequem fertig machen.

„Hochtouristen“.

Die Diebesfahrt auf den Kirchturn.

Eine gefährliche Kletterpartie auf einen Kirchturn haben die Arbeiter Otto Rosenfeld und Karl Frankowiak unternommen, die sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls zu verantworten hatten. Eines Nachts vernahm ein Streifenposten vom Turm der St.-Pauls-Kirche zu Moabit dumpe Klänge und bemerkte auch das aus der Nähe eines benachbarten Hauses ein Mann Blinzelchen aufleuchten ließ, offenbar um den in luftiger Höhe balanzierenden Dieben ein Warnungssignal zu geben. Das Geräusch verstimmt daraufhin sofort und bald danach sah man mehrere Männer sich eilig entfernen. Die benachrichtigte Polizei legte sich nun auf die Spur und nach einer Stunde erschienen auch die beiden Angeklagten wieder, um einen im Vorgarten der Kirche niedergelegten Sack abzuholen. Jetzt griff man zu und es wurde festgestellt, daß der Sack etwa einen Zentner Kupfer enthielt, das aus den Verzierungen des Kirchturmes herausgebrochen war. Die Diebe hatten den holschneiderischen Aufstieg anscheinend von außen unternommen. Der Verteidiger machte für den Angeklagten Frankowiak geltend, daß bei ihm nur verfluchteter Diebstahl vorliege, da er nicht selbst auf dem Turm gewesen sei. Das Gericht verurteilte Frankowiak demersprechend zu einem Jahr Gefängnis, während Rosenfeld 2½ Jahre Zuchthaus erhielt.

Der geisteskrante Leony-Spaniola.

Ludwig Leony, genannt „Spaniola“, der in diesen Sensationsprozessen der letzten Zeit oft genannte Wohnungseinbrecher, Hochstapler und Betrüger, wird demnächst den Weg zur Irrenanstalt antreten. Seine Verteidiger haben einmal einen Haftentlassungsantrag wegen Haftunfähigkeit infolge Lungenblutung gestellt, dann aber auch den Antrag auf Untersuchung Leons auf seinen Selbstzustand. Dieser Antrag wird damit begründet, daß Leony-Spaniola erblich belastet sei, daß er selbst schon in einer Irrenanstalt war und daß auch kein Vater in einer Irrenanstalt in Behandlung gewesen war. Weiter haben die Verteidiger auch die Haftentlassung der als mitschuldig verhafteten Geliebten Spaniolas, Manja Kowalski, beantragt, die glaubhaft nachgewiesen hat, daß sie von den strafbaren Handlungen Spaniolas keine Kenntnis besaß. Er soll sich ihr als der Bruder eines ansehlichen Staatsanwalts Panbau vorgestellt haben. Von der Dreifachheit, mit der Spaniola auftrat, zeugt der Umstand, daß er in derselben Pension in der Cramerstraße, in der er einen schweren Diebstahl ausgeführt hatte, bei seiner Verhaftung wohnte. Er glaubte, daß man ihm dort am allerwenigsten suchen würde. Einer seiner Mithäter, ein gewisser Hermann Lindau, hat übrigens bei seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch gemacht, indem er Schwefelwasser trank. Er liegt schwer erkrankt in der Charité und ist operiert worden.

Polizeiverordnung und Bauarbeiterbesch.

Wegen schlechtem Wetter hat sich der Maurermeister Karl Koppel vor dem Schöffengericht Charlottenburg zu verantworten. Am 1. März v. J. errichtete der Anzeigende in der Kolonie Grunow eine Villa und soll hierbei eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam vom 12. April 1920, welche die Errichtung bestimmter Gerüste vorschreibt, nicht beachtet haben. Am 9. März kam der Zimmermann Tirm, der auf dem Boden des Hauses Balken zu verlegen hatte, durch Absturz zu Tode. Daraufhin wurde gegen Koppel Anzeige erhoben. In der Verhandlung mußte auf Befragen von Rechtsanwalt Dr. Buppe der Bauwerksverständige Morgenstern zugeben, daß jene Verord-

nung für Berlin nicht gültig ist und hier auch völlig unbekannt geblieben sei. Es ergab sich damit die sonderbare Tatsache, daß Arbeiter, die an einer Villa in der Umgebung Berlins arbeiten, durch Polizeiverordnung vor Absturz geschützt werden, daß dagegen die Arbeiter in mehrstöckigen Bauten von Mietskasernen in Berlin ohne diesen Schutz sind. Mit Rücksicht auf diesen Sachverhalt beantragte der Verteidiger die Freisprechung und die Uebernahme der notwendigen Verteidigungskosten auf die Staatskasse, weil dem Angeklagten die Kenntnis jener Verordnung nicht zugemutet werden könne. Das Gericht erkannte diesem Antrage entsprechend.

Schleichhändler vor Gericht.

Die Schlagfahne in den Konditoreien.

Vor den Wuchergerichten der drei Berliner Landgerichte hatten sich in mehreren Einzelverhandlungen die Besitzer von größeren Berliner Konditoreien unter der Anklage des Schleichhandels mit Zucker, Mehl und Schlagfahne zu verantworten.

In dem ersten Falle hatte sich vor dem Wuchergericht des Landgerichts II der jetzige Inhaber der bekannten Konditorei Teichow, Dr. phil. Ernst Teichow, in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Hermann Stodt und dem Sekretär Georg Wulf unter der Anklage des Schleichhandels mit Zucker und Mehl zu verantworten. Die Angeklagten standen vor längerer Zeit schon einmal wegen derselben Sache vor Gericht, und damals war Dr. Teichow zu drei Wochen Gefängnis, an deren Stelle eine Geldstrafe von 30 000 M. und weiteren 10 000 M. Geldstrafe verurteilt worden, während die Mitangeklagten mit je 1 Woche Gefängnis bzw. 2000 und 3000 M. Geldstrafe davonkommen waren. Hiergegen hatte Justizrat Dr. Wulf Revision eingelegt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf, da die Beteiligung des Dr. Teichow nicht einwandfrei festgestellt sei. Nach mehrstündiger Verhandlung kam das Gericht jetzt zu einer Freisprechung von der Anklage des Schleichhandels mit Zucker und verurteilte Dr. T. nur wegen des Schleichhandels mit Mehl und Nichtanmeldung zu zwei Wochen Gefängnis, an deren Stelle auf Grund des Geldstrafengesetzes eine Geldstrafe von 7500 M. treten soll und zu einer weiteren Geldstrafe von 20 000 M. und 1500 M., d. h. eine Gesamtstrafe von 29 000 M. Die beiden Mitangeklagten wurden freigesprochen. — In einem anderen Falle handelte es sich um eine verbotene Abgabe von Schlagfahne in einer Konditorei in der Pariser Straße. Angeklagt waren der Konditoreibesitzer Düring und seine Ehefrau. Wie die Beweisaufnahme ergab, konnte man in dem Geschäft der Angeklagten Schlagfahne zu recht anständigen Preisen schleppen, während die Kinderkrankenhäuser kaum die zur Ernährung der Säuglinge nötige Milch erhalten können. Mit Rücksicht darauf, daß eine derartige Handlung äußerst verwerflich sei, da sie einen schweren Verstoß gegen die Volksernährung darstelle, erkannte das Wuchergericht des Landgerichts III auf je einen Monat Gefängnis mit einer dreijährigen Bewährungsfrist und außerdem auf je 100 000 M. Geldstrafe.

„Auslandsbutter“.

„Gegenüber den vielen Klagen der Deffenlichkeit über Nahrungsmittelfälschungen aus Gewinnsucht ist eine Freiheitsstrafe nicht zu hoch“, so hieß es in der Urteilsbegründung, die die Strafammer des Landgerichts I einem Urteil gegen den Butterhändler Christoph Riesener gab. Die verschiedenen Milch- und Butterhändler, die aus dem Geschäft des Angeklagten in der Neuen Friedrichstraße Butter bezogen hatten, wurden schwere Klagen erhoben, daß die Butter, für die sie fast unerschwingliche Preise anlegen mußten, und die ihnen als reine Sahnenbutter verkauft worden war, ungenießbar sei. Eine Nachprüfung in dem Geschäft des Angeklagten ergab, daß dieser „Sahnenbutter“ erhebliche Bestandteile von Margarine beigemischt waren. Der Angeklagte hatte die Ware als reine Auslandsbutter verkauft. Die Strafammer verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis, gab ihm aber gegen Zahlung einer Buße von 50 000 M. innerhalb eines Monats Bewährungsfrist.

Milde Strafe für Kohlenzurückhaltung.

Die Fälle, in denen Kohlenhändler wegen Zurückhaltung der Ware oder wegen Wuchers verurteilt werden, mehren sich jetzt von Tag zu Tag. Die Berliner Gerichte verurteilen aber, ungerührt von der Not der Kaufleute, in Strafen, bei denen man sich manchmal fragen muß, ob es überhaupt noch Strafen sind.

Wegen Zurückhaltung von Breiten hatte sich die Kohlenhändlerin Auguste Bestow, Neufölln, Ansebeststraße 14, vor dem Wuchergericht des Landgerichts I zu verantworten. Am 5. und 6. Oktober verlangte ein Kunde Preisföhlen, wurde aber von der Händlerin abgewiesen, da sie nach ihrer Behauptung die Tagespreise für die Ware noch nicht wußte. Da auf der anderen Seite die Kohlenlager gefüllt waren, lehnte der Käufer mit einem Polizeibeamten zurück und verlangte nochmals die ihm zustehenden Kohlen. Aus Wut darüber drang Frau B. mit einem Holzseil auf den Käufer ein, und nur durch das Dazwischentreten des Polizeibeamten konnte die rabiate Händlerin zurückgehalten werden. Den Kunden läßt sich anzugreifen. Sie hatte sich deshalb gestern wegen Preiswuchers und Zurückhaltung von Waren zu verantworten. In der Verhandlung erklärte die Angeklagte, sie hätte am Tage zuvor die Kohlen ohne Rechnung erhalten und hätte den Tagespreis noch nicht gewußt. Im Gegensatz dazu erklärten die Sachverständigen Stadtschreiber Urbanek und Dahm vom Kohlenamt Berlin, daß Anfang Oktober zahllose Klagen beim Kohlenamt eingelaufen seien. Das Publikum beschwerte sich deshalb mit Recht über die Kohlenhändler, die Kohlen zurückhielten, weil sie darüber informiert waren, daß am 6. Oktober eine Preiserhöhung bevorstand und die vorhandenen alten Bestände natürlich zu den letzten Preisen abgeben wollten. Staatsanwalt Dominik beantragte gegen die Händlerin die milde Strafe von 14 Tagen Gefängnis und 300 000 M. Geldstrafe, das Gericht war aber noch milder und erkannte nur auf 8 Tage Gefängnis, stellte aber der Angeklagten eine Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 50 000 M. in Aussicht. Durch die Polizeibehörde wurde der Angeklagten die Handeiserlaubnis für Kohlen entzogen. Das letztere scheint überhaupt die einzig fähbare Strafe zu sein.

Der niedrigere Milchpreis für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin betragen vom Montag, den 26. Februar, ab für Vollmilch 620 Mark je Liter. Für nach Berlin eingeführte Magermilch 270 Mark je Liter. — Die A-Milchsorten werden wie bisher mit 2/3 Liter, die O-Milchsorten sowie die Sorten für werdende Mütter (E-Milch) wie bisher mit je 1/2 Liter Vollmilch beliefert.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft langsam. Fische knapp, Geschäft ziemlich roge. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 2900—3400 M., ohne Knochen 5300—4000 M. Schweinefleisch 3900—4700 M. Kalbfleisch 2500—3100 M. Hammelfleisch 3200 bis 4000 M. Rindertalg 3900—4000 M. Rükensfett 6200—6000 M. Dorsch 1000—1200 M. Seelachs 1600—1500 M. Rotzungen 1300—1500 M. Grüne Heringe 500—600 M. In Eis: Hechte 2-00 M. Biels 1600—2000 M. Pflaizen 1200—1500 M. Lebende Schleihe 4000—5000 M. Karpfen 3700 bis 4000 M. Hechte 4000 M. Biels 2800—3500 M. Naturbutter bis 4000 M. Margarine 810—3800 M. Schweißschmalz 4300 bis 5000 M. Eier 340 M. das Stk. Weiskohl 180—220 M. Wirsingkohl 140—160 M. Rotkohl 240—260 M. Kohlrüben 60—70 M. Mohrrüben 70—85 M. Zwiebeln 60—70 M. Äpfel 220—400 M. Rote Rüben 90 bis 100 M.

Siedlungsarbeit.

Eröffnung der Reichsiedlungsausstellung.

Zur Förderung des Siedlungsgebauens veranstaltet das „Deutsche Archiv für Siedlungswesen“ zusammen mit mehreren Organisationen veranlaßt am 25. Februar ab in Berlin eine Reichsiedlungsausstellung. Die mit ihr verbundene Reichsiedlungsausstellung wurde schon gestern in Räumen des preussischen Wohlfahrtsministeriums (Weipziger Straße 4) eröffnet. Geheimere Regierungsrat Halle, Vorsitzender des Archivs für Siedlungswesen, wies bei dem Festakt in seiner die Teilnehmer begrüßenden Ansprache darauf hin, daß die Siedlungsarbeit für Stadt und Land von gleicher Wichtigkeit ist. Nach Ansprachen von Vertretern des preussischen Staatsrates, des Reichslandbundes, der Siedlungsgesellschaft Märkische Scholle und des Bezirksamts Berlin-Mitte wurde unter Führung des Regierungsbaumeisters Langen die Ausstellung besichtigt. Sie war gestern noch unfertig, auch konnte man bei dem spärlichen Licht der für die Ausstellung hergegebenen Korridore leider nur wenig von den ausgehängten Plänen und Ansichten älterer und neuerer Siedlungsanlagen näher betrachten. Unter ihnen sind für Berlin von besonderem Interesse die junge Siedlung am Bahnhof Köpenick und die noch jüngere auf dem Tempelhofer Feld. Diese Siedlungsausstellung beleuchtet auch über neuere Bauweisen und neuere Baustoffe. Erwähnt seien hier die Berliner Schlackenwerke, ein Unternehmen der Stadt. Die Ausstellung dürfte Siedlungsfachmännern manche Anregung geben, sie verdient aber Beachtung auch in weiteren Kreisen.

Tödlicher Unfall auf der Nord-Südbahn.

Durch Abspringen aus einem in Fahrt befindlichen Zuge verunglückte am Mittwochnachmittag auf dem Bahnhof Weipziger Straße der Nord-Südbahn der Reichswehrsoldat Edward Wittchen. W. war mit dem Zuge angekommen und bereits ausgestiegen, als er in demselben einen Verwandten bemerkte, den er noch begrüßen wollte. Er bestieg daher den Zug noch einmal, sprang aber kurz vor der Einfahrt in den Tunnel wieder heraus, wobei er gegen die Tunnelwand geschleudert und tödlich verletzt wurde.

Die Lohnsteuerfreie Arbeitswoche.

Grundsätzlich hat der Arbeitgeber von dem Arbeitslohn, der für die am 22., 23., 24., 26., 27. und 28. Februar 1923 geleistete Arbeit bezahlt wird, einen Steuerabzug zu unterlassen, sofern der Arbeitnehmer an diesen Tagen volle 8 Stunden gearbeitet und für diese Beschäftigung Lohn empfangen hat. Ist die Arbeitszeit an diesen Tagen auf Grund von Tarifverträgen oder sonstigen Vereinbarungen länger als 8 Stunden, so ist für die längere Arbeitszeit gezahlte Lohn abzugsfrei zu lassen. Ist die Arbeitszeit gegenüber der üblichen achtstündigen wegen Betriebs-einschränkung verkürzt, so wird auch der dafür bezahlte Lohn von dem Lohnabzug freigelassen. Um jedoch eine Benachteiligung dieser sogenannten Kurzarbeiter gegenüber den Vollbeschäftigten auszu-schließen, wird der von Februar 1923 ab beginnende Zeitraum, während dem der Lohnabzug nicht vorzunehmen ist, soweit erstreckt, bis sich eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden ergibt. Ergeben sich Zweifel über die Berechnung des Steuerabzuges unter Berücksichtigung des Steuerfrei zu lassenden Lohnbetrages, so entscheidet auf Antrag des Arbeitgebers oder Arbeitnehmers das zuständige Finanzamt endgültig. Die Finanzämter sind angewiesen, durch rasche Entscheidung für eine reibungslose Durchführung der Bestimmungen Sorge zu tragen.

Neue Fünfzigtausender.

Die neue Banknote über 50 000 M. ist 110 x 190 Millimeter groß und trägt rechtsseitig einen olivgrünen Stoffaufschlag mit orangefarbenen Fasern. Das im Papier fortlaufend eingetragene Wasserzeichen stellt sich als ein Kreuzband dar. Das Druckbild der Vorderseite wird durch einen Guillochenrahmen in zwei Teile zerlegt. Im linken Abschnitt befindet sich der Kopf des Kölner Bürgermeisters v. Braumeller nach einem Gemälde von Barth. Brunn, darunter ein rotgraues Guillochenfeld mit der Zahl 50 000 in besonderer Umrahmung und die rotbraune Reihenbezeichnung nebst Nummer. Der rechts anschließende Abschnitt, der in der oberen Ecke eine zweite Nummer und Reihenbezeichnung zeigt, ist grünlich-grau bis rötlich getönt. In ihm erscheint auf Regrund in unregelmäßiger Farbänderung der Reichsadler. Die in diesem Abschnitt angebrachte Beschriftung lautet: Reichsbanknote Fünfzigtausend Mark. Die Reichsbankhauptkassette in Berlin usw. Auf dem Wasserzeichenrande befindet sich eine in rötlichbrauner Farbe gedruckte, aus leichtem Linienwerk bestehende Seitenliste mit der Zahl 50 000. Der Rückseitendruck ist von einem violettblauen schweren Guillochenrand mit Guillochenfeldern, auf denen die Zahl 50 000 steht, umrahmt. Das Mittelfeld enthält einen braungrün bis olivgrün-braungrün getönten Dreisprung, der mit einer grünen Reguillolche überlagert ist. Im freien Innenraum befindet sich eine große Guilloche, die in der Mitte ein von dem Straßenschild umrandetes Bild mit der Zahl 50 000 enthält. Ueber der Guilloche steht das Wort „Reichsbanknote“ und darunter die Reihenbezeichnung „Fünfzigtausend Mark“.

Bei einer Anzahl Reichsbanknoten zu 5000 M. mit dem Datum vom 2. Dezember 1922 wird das Wasserzeichen des Papiers aus hellen Linien gebildet, die ein regelmäßig wiederkehrendes Muster in Form eines Gitterwerks mit einer arabischen Zahl als Mittelpunkt darstellen. Bei einer weiteren Anzahl besteht das Wasserzeichen aus hellen Linien in Form sphärischer Dreiecke, welche die ganze Note in regelmäßiger Anordnung durchziehen und dadurch gekennzeichnet sind, daß senkrecht zum kürzesten Schenkel jedes Dreiecks eine kurze Linie in die Fläche des Dreiecks hineinragt. Die Farbe des Papiers ist in allen Fällen weiß.

Neuordnung im Postfachverkehr.

Im Postfachverkehr treten mit Wirkung vom 1. März folgende Änderungen ein: Der Betrag der Stammeinlage wird auf 1000 M. erhöht. Die Einzahlungen mit Zahlkarte, die Ueberweisungen und die Auszahlungen durch Postcheck müssen auf volle Mark lauten. Im März werden noch Fennigbeträge zugelassen, wenn sie zur Abrechnung des Postcheckguthabens auf volle Mark dienen. Der Einlieferer hat die Zahlartengebühr bar zu entrichten. Sammelaufträge werden nur noch zugelassen, wenn die Zahl der Empfänger mindestens 10 beträgt. Die Weisbeträge werden für einen Postcheck auf 1000 000 M. für telegraphische Zahlkarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen auf 200 000 M. erhöht.

Verurteilte Falschmünzer. In einem großen Falschmünzerprozess gegen eine Gruppe der weisverweigten Kaiserbande, die falsche Tausend- und Fünfzigmarkstücke nachgemacht und in den Verkehr brachte, wurde noch in später Nachtstunden von dem Schwurgericht des Landgerichts I das Urteil gefällt. Der Angeklagte Grohlopf erhielt ein Jahr neun Monate Gefängnis, der Angeklagte Erwin Sobal ein Jahr neun Monate und der Angeklagte Bruno Sobal ein Jahr Gefängnis. Den Brüdern Sobal wurde der größte Teil der Strafe auf die Unteruchungshaft angerechnet.

Beim Abschrauben von Messingbeschlägen wurde nächtlicherwelle der 28 Jahre alte Waler Rudolt Gerlach im Hause Steinstraße 11 ertappt und der Kriminalpolizei übergeben.

Das internationale Nachforschungsbureau der Heilsarmee (Deutsche Abteilung), Berlin C 19, Caritatenstraße 1/3, wurde im Jahre 1922 mit etwa 300 Anfragen zwecks Ermittlung vermisster Zivilpersonen usw. in Anspruch genommen, von denen bis Jahreschluss 100 Fälle erfolgreich erledigt werden konnten, während die übrigen etwa 200 Anträge noch nicht abgeschlossen sind. Die meisten Nachforschungen hatte das Bureau auch im vergangenen Jahre wieder in den benachbarten Staaten Nordamerikas vorzunehmen. Das Bureau ist beauftragt

eine gemeinnützige Einrichtung der Heilsarmee, d. h. die Annoncen in den Vermittlungsstellen der Heilsarmeezeitung, sowie die persönlichen Nachforschungen werden kostenlos erledigt. Es sind lediglich die Portounkosten sowie die Kosten für etwaige kostenpflichtige Nachfragen bei Behörden zu entrichten. Anträge um Nachforschungen sind zu richten an Kommandeur Joh. Degrim, Berlin C. 19, Gertraudenstr. 1/3.

Proletarische Freidenkerschulen. In dem neuen Arbeitsprogramm der Gemeinschaft proletarischer Freidenker ist auch die Einrichtung von Freidenkerschulen und Hochschulen vorgesehen. Sie sind namentlich für diejenigen Genossen bestimmt, welche sich gründlicher mit den Problemen einer freien Weltanschauung und solidaren Kultur befassen wollen. Die erste proletarische Freidenkerschule ist kürzlich in Berlin gegründet und arbeitet jeden Dienstagabend 7 1/2 Uhr in der Schule Niedermärker 12. Sie beschäftigt sich zunächst vornehmlich mit dem modernen Weltbild, der Entwicklungstheorie und der Gemeinschaftslehre und hebt unter der Leitung des Genossen Dr. Reiche. Eine 2. Berliner Freidenkerschule wird am Freitag, den 2. März, in der Altkilchule, Neuhörn, Mühlstraße, abends 7 1/2 Uhr, eröffnet werden und unter Leitung des Genossen Leberer Freitag abends, in jedem Freitag wird eine Arbeitsgemeinschaft abgehalten, die Arbeitsprobleme der proletarischen und solidaren Kultur behandelt. Mehr und mehr gewinnt die Hebräername Raum, das werden den politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen die Bildungs- und Erziehungsbasis, die Befähigung mit einer neuen kulturellen Einbeziehung solidarer Kultur unentbehrlich ist. Für diese Arbeit sollen die Berliner Freidenkerschulen Stätten gründlicher und geblühender Arbeit bilden.

Gründungsabend. Der Deutsche Sozialistische Studentenbund veranstaltet zu Ehren des in Niederhaveln verstorbenen Dichters am Sonntag, den 2. März, im Schwedensaal, Köpenickerstr. 112, eine Feier mit einer Ansprache von Dr. Alfred Kerr und Rezitationen von Fritz Kortner. Sollen die Genossen, Parteimitglieder und Jugendgenossen zum erwähnten Ziele von 100 M. im Sparrentschick, Jungferstr. 24, der Seidenstr.-Endstation und im Langengrundpark.

Der Kampf um deine Wohnung. Oeffentliche Versammlung des Berliner Arbeiterkreises am 2. Februar, vormittags 11 Uhr, in Oberlands Hof, Neue Friedrichstraße.

Das Recht der Juristen. dessen Gesamtbeitrag für die Ermöglichung der Juristenkassen 1923 bestimmt ist, findet nunmehr am 2. März in sämtlichen Räumen der Philharmonie statt. Einladungen durch Kunstheim Lwary, Potsdamer Straße 12.

Junge Dichter vor die Front! * Veranstaltung: Siegfried von Seefeld, Montag, den 26. 3. Uhr, im Villing-Restaurant, Silesische Str. 13. Sprecher: Käthe Wenzel und Franz Konrad. Eintritt kostenlos!

Lehrerbildungsanstalt Groß-Berlin (Bezirksamt 20, Reinickendorf). Heute abend 8 1/2 Uhr in Reinickendorf-Schönholz in den Oberhörsaal, Vroningstraße, Theateraufführung: „Das Lumpenkind“, Komödie von Ernst v. Holzogen. Karten am Eingang des Saales. — Wiederholung am Freitag, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr, in Legel, im großen Saal des Laskulum, Hauptstraße.

Schiffszusammenstoß. Der japanische Dampfer „Lisbon“ stieß bei Curhaven mit dem englischen Dampfer „Clwid“ zusammen. Die „Clwid“ mußte mit Wasser im Maschinenraum in sinkendem Zustande oberhalb Curhavens auf Grund gesetzt werden. Der japanische Dampfer hat einen Teil des Vorderendes voll Wasser.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

7. Kreis, Charlottenburg. Die Delegierten zum außerordentlichen Parteitag treffen sich im Versammlungssaal eine halbe Stunde früher.
Heute, Freitag, den 23. Februar.

Jugendorganisationen. Gruppe Schöneberg-Friedenau, 8 Uhr im Jugendhort, Fennigstraße 15, Heidenstr. — Ostgruppe Köpenick, Jugendheim Schönholz 1 (am Brunnenplatz), Siedingstr., 8 Uhr Vortrag über „Materiale Selbstausbildung“.

Morgen, Sonnabend, den 24. Februar.

- 17. Abt. Die Bezirksleiter haben zum gemeinsamen (Schüler) am Mittwoch, den 26. 3. Uhr, in der Schulstraße 45, Berlin, 18 Uhr.
- 41. Abt. 7 Uhr Sitzung des Schulvereins mit der kommunalen Kommission im Hotel „König“, Köpenicker Str. 1. Ref. Gen. Reiche. Wohl des Tages. Vertretung des Beschlusses.
- 27. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz der 1. und 2. Gruppe bei Grotz, Siedingstr. 47. Der erweiterte Vorstand trifft sich eine Stunde früher.
- 61. Abt. Friedenau. Die Bezirksleiter des vertriebenen Genossen Rudolf Koch findet 7 1/2 Uhr auf dem Städtischen Reichhof, Siedingstr. 45, Berlin. — Mitteilungsbesprechung 7 1/2 Uhr bei Wobbe, Siedingstr. 45. Tagesordnung: „Die politische und wirtschaftliche Lage und andere wichtige Angelegenheiten“.
- Reichenau. 7 Uhr in der Schulstraße 45, Berlin. Tagesordnung: 1. „Die politische Lage“. Ref. Gen. John-Schmidt. 2. „Die Tätigkeit des Kreisvereins“. Ref. Gen. Reiche. 3. Gruppenangelegenheiten. Alle Funktionäre der Gruppe müssen unbedingt erscheinen.
- Jungferstr. Arbeitsgemeinschaft 8 Uhr im Landtag, Zimmer 28. Bis zum 26. Februar müssen sämtliche Gruppen die „Jungferstr. Blätter“ herausgeben haben.

- 25. Abt. In dem am Montag, den 26. 3. Uhr, im Gefängnis der Oberstraße, Siedingstr. 45, Berlin. Tagesordnung: 1. „Die politische Lage“. Ref. Gen. Reiche. 2. „Die Tätigkeit des Kreisvereins“. Ref. Gen. Reiche. 3. Gruppenangelegenheiten. Alle Funktionäre der Gruppe müssen unbedingt erscheinen.

Jugendveranstaltungen.

Mittwoch, 23. Februar: Heute abend von 7-7 1/2 Uhr findet im Jugendsekretariat, Siedingstr. 45, Berlin, eine Versammlung statt. Die Hauptaufgabe ist die Vorbereitung der Jugendorganisationen. Die Hauptaufgabe ist die Vorbereitung der Jugendorganisationen. Die Hauptaufgabe ist die Vorbereitung der Jugendorganisationen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Ostgruppe Sieglitz, Proletarische Freidenkerschule am Sonntag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gemarkungsbereich (Köpenick). Ernst Friedrich (Leser) über: „Ernst Lohr als Mensch und Dichter“ und weiterer Vortrag über: „Wolfgang“, „Rosa Reich“ und der noch unbekannten Tragödie Ernst Lohr. Der deutsche Dichtermann. Ferner werden der Märscher Freidenker-Sieger (W.S.) und Klaus Reutmann mitwirken.

Reichswehrdebatte im Reichstag.

Die gestrige Reichstagsitzung eröffnete Präsident Cöbe mit einem Nachruf auf den verstorbenen Abg. Hammer (Dnat.), der in seinem Testament bestimmt hat, daß die Welt erst dann von seinem Tode erfahren soll, wenn er der Erde übergeben ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Bach (SPD.) das Wort, um dem Reichstag Kenntnis zu geben von der Meldung in der heutigen Ausgabe der „Koten Fahne“, wonach der Chef der Heeresleitung, General Seekt, mit Hilfe des Reichslanziers Cuno, der sozialdemokratischen Minister Breußens und der Oberpräsidenten den Bürgerkrieg organisiere. Das Reichswehrministerium baue die Orgeß-Verbände, mit denen es im Vertragsverhältnis stehe, auf breiter Grundlage auf und stelle ihnen Waffenlager zur Verfügung. Die Waffen seien reichlich vorhanden und der strategische Apparat intakt. Seekt fordere, daß die Zivilbehörden sich auf diese Mobilmachung einstellen und die Verhaftung von Reichswehroffizieren und Festschlüsseln aufhöre. Wenn in diesen Mitteilungen, so bemerkt der Redner, auch nur etwas Nichtiges enthalten ist...

Abg. Schwarz (Saxer. Sp.): Ich hoffe es! (Großer Lärm bei den Komm., in dem die Worte des Redners untergehen.)

Präsident Cöbe erhebt den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Abg. Bach (fortfahrend): Wir beantragen, daß die Reichsregierung aufgefordert wird, unverzüglich zu diesen Mitteilungen Stellung zu nehmen. Ich weise darauf hin, daß einzelne Mitglieder von Geheimorganisationen schon Befehl erhalten haben, sich am bestimmten Tage dort und dort einzufinden. (Hört! hört! b. d. Komm. — Großer Lärm rechts und im Zentrum.) Das alles riecht bedenklich nach den Ereignissen von 1914. (Große Unruhe rechts und im Zentrum, Jurist: Gehört das zur Geschäftsordnung?! Schluß! Schluß!) — Abg. Beuermann (D. Sp.) ruft: hinaus mit dem Hochverräter!

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wären die Mitteilungen der „Koten Fahne“ richtig, dann müßte auch ich sie als etwas ganz Ungeheuerliches bezeichnen. Danach würde auch unter Beteiligung meiner Partei zum Bürgerkrieg gerufen. Die Dinge müssen hier jedoch als möglich besprochen werden, aber das kann beim nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Etat des Reichswehrministeriums, geschehen, und ich möchte daher bitten, daß sich die Redner beim ersten Punkt der Tagesordnung tunlichst beschränken.

Da ein anderer Antrag nicht gestellt ist, tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Rest des Etats des Ministeriums des Innern. Bei den Ausgaben für die Technische Nothilfe, die 95 Millionen Mark betragen, wendet sich Abg. Dreunig (Soz.)

gegen die Technische Nothilfe überhaupt.

Die angeforderten 95 Millionen Mark reichen kaum für die Beamtengebälter, es ist daher zu fragen, woher die Technische Nothilfe ihre Gelder bezieht. Die Eisenbahner wollen sich ihr Streikrecht nicht nehmen lassen, aber sie sind bereit, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Auf diesem Standpunkt stehen auch die Gewerkschaften. Mit diesen sind überdies Vereinbarungen darüber getroffen worden, was als lebenswichtiger Betrieb anzusehen ist und wo Notstandarbeiten verrichtet werden müssen. Die Technische Nothilfe ist eine überflüssige Einrichtung, für die wir die angeforderten Mittel nicht bewilligen werden.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Hölein (Komm.) und Köll (Dem.) erklärt Minister Seekt, daß die Regierung größten Wert auf die Bewilligung der Mittel für die Technische Nothilfe legt und befreit, daß sie von dritter Seite außerordentliche Mittel erhält.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten werden die Mittel für die Technische Nothilfe bewilligt und der Rest des Etats unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Den Bericht erstattet

Abg. Stücken (Soz.):

Die Reichswehr zählt zurzeit 3797 Offiziere, 17 941 Unteroffiziere, 76 836 Gefreite und Mannschaften und 500 Sanitäts- und Veterinäroffiziere. Sie besitzt keine Reserveformationen und versorgt auch nicht irreguläre Truppen mit Ausrüstungsgegenständen. Die Beförderung ehemaliger Offiziere des alten Heeres ist mit dem 31. Dezember 1922 eingestellt worden. Verschiedentlich wurden von der Reichswehr Ehrenkompagnien gestellt. Der Ausschuß hat den lebhaftesten Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß derartige Dinge für die Zukunft unterbleiben. Noch dem Bericht des Ministers ist die Reichswehr heute gut entwickelt und den an sie gestellten Aufgaben durchaus gewachsen. Die Preise für die Unterhaltungskosten sind ebenso wie für alles, was die Reichswehr braucht, gemäßig gestiegen. Die der Reichswehr zugeständene

Munition ist zum erheblichen Teile nicht vorhanden

und soll schleunigst angeschafft werden. Die Herbstübungen sollen beschränkt werden. Die Reichswehrsoldaten können nicht daran denken, zu einem erheblichen Teil Beamte zu werden, sondern müssen sich darauf einstellen, später wieder in ihrem Beruf tätig zu sein. Die Wünsche der Heeresbeamten auf andere Einstufung in die Beförderungsordnung sind der Regierung zur Ermüdung überwiesen worden. Leider sind wir nicht in der Lage, alle Wünsche zu erfüllen, so berechtigt sie auch an sich sein mögen.

Reichswehrminister Dr. Seekt: Die „Kote Fahne“ bringt heute einen Artikel: „Seekt rüsst zum Bürgerkrieg“. Ich erkläre: Dieser Artikel ist nach Form und Inhalt unwahr und von Anfang bis zu Ende erfunden! (Hört! hört! rechts.)

Abg. Schöpslin (Soz.):

Unsere Hoffnungen, daß sich im Laufe der Zeit die Zustände in der Reichswehr bessern würden, haben sich nur zu einem geringen Teil erfüllt. Immer noch werden Klagen über Beschimpfungen und Mißhandlungen der Soldaten laut. Wir fordern, daß endlich einmal gegen diese Ausschreitungen mit Energie vorgegangen wird. Aber trotz dieser Mißstände ist nicht zu bestreiten, daß im inneren Aufbau der Reichswehr Fortschritte gemacht worden sind. Wir haben Schulen eingerichtet, aber die beste Schule und der beste Lehrer geben noch keine Gewähr dafür, daß die Ausbildung und Erziehung so erfolgt, wie es in der Republik notwendig ist. Der Geist der im Offizierskorps herrscht, ist noch immer der alte. Das Offizierskorps ist stramm monarchistisch und hat starke Neigung zu nationalistischen Experimenten. Immer noch steht das Offizierskorps der Republik im inneren Gegensatz zur Republik. Was die „Kote Fahne“ heute schrieb, war schon nach der Ueberschrift unrichtig. Die Kommunisten haben ein Bildchen läuten hören, aber in ihren Ohren wird auch

das schönste Konzert zum Spettakel. Was soll es bezwecken, daß Sie (zu den Kommunisten) uns in diese Angelegenheit hineinziehen? Kein Orgeß-Mann konnte es besser auf die Verhehung der Arbeiter untereinander anlegen als die „Kote Fahne“. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichswehrminister hat eben den Artikel der „Koten Fahne“ als erfunden bezeichnet. Aber sind

nicht doch Beziehungen von Offizieren zu verbotenen illegalen Organisationen da?

Hierauf muß uns der Minister eine klare unzweideutige Antwort geben. Die illegalen Organisationen treiben ein gefährliches Spiel und tun so, als stände die ganze Reichswehr hinter ihnen. Der Reichswehrminister ist verpflichtet, von dieser Tribüne herab Aufklärung über das Verhältnis der Reichswehr zu den Geheimbänden zu geben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir sind aus gewissen Erfahrungen heraus sehr mißtrauisch geworden. In Straubing hat ein höherer Offizier bei seinen Kameraden eine Umfrage veranstaltet und sie gebeten, zu erklären, ob sie hinter ihm stehen würden. Die Reichswehroffiziere haben in illegalen Organisationen nichts zu suchen. Darüber muß der Reichswehrminister hier volle Klarheit schaffen. Die nationalistischen Bestrebungen sind eine große Gefahr, und wir wollen nicht wieder mit verbundenen Augen dieser Gefahr einsegnen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gibt Organisationen, die mit dem Gedanken spielen, den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven zu machen. Kann jemand heute auf den wahnwitzigen Gedanken kommen, daß wie aktiven Widerstand leisten könnten? Die deutsche Arbeiterschaft jedenfalls will sich nicht mehr zum Opfer bringen lassen. Ohne sie kann der Abwehrkampf nicht durchgeführt werden, aber sie denken nicht daran, sich zu nationalistischen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Die nationalistischen Bestrebungen gefährden den Bestand des Reiches. Wenn Deutschland angegreift, so wird nach den Worten Lord Georges England sofort an die Seite Frankreichs treten. Von dieser Tatsache haben unsere Telegraphenbüros mit WTB. an der Spitze nichts gemeldet. Von diesem offiziellen Bureau ist überhaupt zu sagen, daß es ebenso liegt wie Reuters, nur — etwas dümmere. Wir brauchen jetzt alle unsere Kräfte, um unser Land zu erhalten und haben für irgendwelche unnünftigen nationalistischen Experimente keine Kräfte zur Verfügung. (Beifall bei den Soz.)

Reichswehrminister Dr. Seekt:

Für mich ist die Politik des Reichslanziers maßgebend, und für die Heeresleitung ist maßgebend die Politik des Ministers. Wer sich gegen diese wendet, gegen den muß mit aller Schärfe vorgegangen werden, denn es kann nicht zweierlei Politik geben. Welche Politik der Reichslanzier macht, hat er erklärt, wie lange er an ihr festhält, ist seine Sache. (Stürmische Heiterkeit links.) Der Reichslanzier ist Manns genug, in kommenden Tagen eine andere Politik zu machen. Wenn er das auf verfassungsmäßigen Wege tut, wird er das Vertrauen der Volkswelt hinter sich haben. Von einem Volke, das täglich mißhandelt wird, können Sie nicht verlangen, daß es in all seinen Teilen kühl und verständlich ist. Wie sollte Deutschland daran denken, einen anderen Staat anzugreifen? Das wäre ein Verbrechen am deutschen Volke. Es gibt in Deutschland viele Betrübte (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung. — Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Ich habe ja Sie nicht gemeint. (Heiterkeit. — Zwischenrufe bei den Kommunisten. — Rufe rechts, Antworten darauf: Unerschämtheit! Großer Lärm.)

Abg. Kemme (Komm.) geht auf den Minister zu und ruft ihm eine auf der Tribüne unverzüglich gebliebene Äußerung zu, die auf der rechten erneute Rufe wie: Unerschämtheit! auslöst.

Reichswehrminister Dr. Seekt (fortfahrend): Es ist nicht der Sinn des Vertrages von Versailles, daß wir wehrlos von einem die am die Zähne bewaffneten Volk uns jeden Schlag gefallen lassen müssen.

Das erträgt auf die Dauer kein Volk.

(Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte und Handklatschen. — Stürmischer Widerspruch links.) Solange dieses Unrecht besteht, ist wenig Aussicht auf Befriedung. Glauben Sie, es sei eine Kleinigkeit, in dieser Zeit die Reichswehr bei der Gehorsamspflicht zu halten? Sie wünscht dem Kampf an der Ruhr Erfolg, muß aber da stehen, wo ihr zu stehen befohlen wird. Die große Gefahr, die in den illegalen Organisationen liegt, hat die Reichsregierung in Verhandlungen mit den Ländern genötigt, an denen der Wehrminister selbst beteiligt war und die schon seit Monaten schweben. General Seekt ist an diesen Verhandlungen niemals beteiligt gewesen. Ich nehme für mich das historische Verdienst in Anspruch, daß ich an einer weitgeschichtlichen Aufgabe mitgearbeitet habe, wie sie noch von keinem Volke gelöst worden ist. (Beifall.) Ich dehne dieses Verdienst aus auf Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr. Sie haben der Regierung durch Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung in diesen kritischen Jahren ihre Aufgabe sehr erleichtert. (Beifall in der Mitte und rechts.) Ich wiederhole aber, daß es für das deutsche Volk unerschämlich ist, wenn die im Versailler Vertrag vorgesehene allgemeine Abrüstung nur von uns erzwungen wird, während die übrigen Mächte immer stärker rüsten. Zur moralischen Abrüstung können wir nur kommen, wenn die ganze Welt sich dazu versteht. (Lebhafter Beifall bei den Bürgerlichen.)

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr verlegt. Außerdem Notgebot. Schluß 6 Uhr.

Wirtschaft

Die Berliner Handelskammer fordert Preisabbau.

Die Berliner Handelskammer teilt mit: Erfreulicherweise hat sich der Kurs der Mark während der letzten Wochen erheblich verbessert, die beschlossene Emission von Goldscheinen wird zur Stabilisierung der Mark sicher in hohem Maße beitragen. Der Erfolg der schweren Kämpfe, die durchzuführen Deutschland gegenwärtig gezwungen ist, hängt wesentlich davon ab, ob die Befestigung der Mark von einer entsprechenden Senkung der Preise, insbesondere für diejenigen Waren begleitet sein wird, die wie Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. für die große Masse der Bevölkerung unentbehrlich sind. Die Handelskammer zu Berlin richtet an die Gewerbetreibenden ihres Bezirks die dringendste Aufforderung, ihre Preise auf allen Gebieten weiter so tief herabzusetzen, wie es die Verhältnisse irgend gestatten und wie

AIA
Das Poliermittel
Putz mit Aia Topf und Herd
Weil's der schönsten Glanz beschneid!

Henkel's Pulv. und Scheuerpulver,
für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Kleinige Hersteller:
HENKEL & Co., DUSSELDORF.

es insbesondere der Stand der Markt zuläßt. Wasserländische Pflicht und wohlverstandenes Interesse jedes einzelnen erfordern, daß dieser Ruf allgemeine Berücksichtigung findet.

Seider ist der Preisrückgang, der auf einzelnen Gebieten des Warenmarktes zu beobachten war, bereits zum Stillstand gekommen, ja teilweise sogar wieder Preissteigerungen gemeldet. Es tut dringend not, daß die Geschäftswelt ihrerseits zu einem Preisabbau beiträgt. Der Wahnruf der Berliner Handelskammer ist daher zu begrüßen.

Ein Hemmnis für den Preisabbau.

Zur Durchführung der Wucherordnung hat das Reichswirtschaftsministerium vor kurzem Richtlinien über die Berechnung eines angemessenen Preises herausgegeben, die den Zweck verfolgen, die rapide Anpassung der Kleinhandelspreise an den Dollar zu verhindern, die aber jetzt ein großes Hemmnis für den Preisabbau zu werden drohen. Man gestattet den Kaufleuten, auf Ware, die sie früher eingekauft hatten und dabei billiger abzugeben verpflichtet waren als neu hereinkommende Ware, eine gewisse Berücksichtigung des Wiederbeschaffungspreises, indem sie einen Geldentwertungsaufschlag nach den steigenden Kosten der Lebenshaltung nehmen dürfen. Nun steigen aber die Lebenshaltungskosten erfahrungsgemäß auch dann noch weiter, wenn die Großhandelspreise bereits im Rückgang waren. Die Anwendung dieser Richtlinien würde also zur Folge haben, daß ein Kaufmann auch dann noch Preisaufschläge zu nehmen berechtigt ist, wenn die Beschaffung neuer Waren bereits billiger geworden ist. Und das Recht dazu würde er daraus herleiten können, weil nach dem Rückgang der Großhandelspreise immer noch der Preis für Marktbrot, für Heizung, Bekleidung und die Wohnungsmieten der Verbraucher zu steigen pflegen. Eine solche Berechnung würde also den durch Großhandelspreise bedingten Preisabbau leicht aufhalten können. Sie bedarf einer Abänderung, mindestens für die Lebensmittel, dann aber auch für die Stapel-

waren. Denn es ist unerträglich, daß sich das Fleisch und andere Lebensmittel inländischer Herkunft mit dem Dollarstand veräußern, der Preisrückgang aber durch die nachfolgende Steigerung der Lebenshaltungskosten aufgehoben wird. Der Schlüssel, nach dem die Berücksichtigung der Geldentwertung im Preise statthaft ist, erweist sich demnach bei einem Rückgang der Lebenshaltungskosten als unhaltbar — Eine Abänderung dieser Bestimmungen ist daher dringend geboten.

Für 451 Milliarden neue Banknoten. In der Woche vom 8. bis 15. Februar hat die Reichsbank für 450,8 Milliarden Mark neue Banknoten in den Verkehr gebracht. Diese gewaltige Erhöhung des Papiergeldumsatzes läßt alle früheren Notenerfordernisse der Reichsbank hinter sich. Insgesamt sind jetzt für 2,7 Billionen Mark Banknoten in den Verkehr. Die gewaltige Zunahme des Banknotenumsatzes ist um so bedenklicher, als durch sie die Stützungsaktion für die Mark früher oder später durchkreuzt werden muß. Es ist daher höchste Zeit, daß man auf Mittel stützt, die Notenpresse abzustoppen. Zu einem überwiegenden Teil ist die Vermehrung des Banknotenumsatzes zurückzuführen auf die gewaltigen Kreditansprüche der Privatunternehmer, die sogar neuerdings im Schuldmachen das Reich übertreffen. Während nämlich das Reich in der Berichtswoche nur für 376,7 Milliarden Mark Reichsgeldausweisungen von der Reichsbank diskontieren ließ, stieg deren Bestand an Handelswechseln um volle 444 Milliarden Mark. Daraus geht hervor, daß der billige Kredit der Reichsbank nach wie vor von Handel, Industrie und Banken zu geschäftlichen und einträglichen Transaktionen ausgenutzt wird. Der Bestand der Reichsbank an Handelswechseln ist auf 1,345 Milliarden angeschwollen, nachdem er noch vor einem Jahre kaum 2 Milliarden Mark betrug.

Die Preise „gemacht“ werden. Die mitteldeutsche Häuterei-Steigerung in Leipzig am 16. Februar wurde plötzlich abgebrochen. Das hat in ganz Deutschland unter den Lederhändlern, Schuhmachern usw. Empörung hervorgerufen, da natürlich an-

genommen wird, daß der Grund des Abbruchs der Versteigerung in dem Sturz des Dollars zu suchen ist. Die Preisprüfungsstelle in Leipzig hat nun eine Untersuchung darüber eingeleitet, unter welchen Verhältnissen die Einstellung der Auktion erfolgt ist. Am ersten Versteigerungstage, dem 15. d. M., sind danach etwa zwei Drittel der Kinderhäute, die zum Verkauf standen, verkauft worden. Am zweiten Tage, dem 16. d. M., sind die zum Verkauf stehenden Schafsfelle verkauft worden, dagegen sind von den am gleichen Tage zum Verkauf gestellten Kalbshäuten überhaupt keine verkauft worden, nachdem die Auktionsleitung wegen ungenügenden Preisangebots von vornherein die weitere Versteigerung eingestellt hatte. Ob hierbei die Absicht der Zurückhaltung von Ware liegt und ob hieran auch die Käuferkraft interessiert war, wird die weitere Untersuchung der Preisprüfungsstelle in Leipzig ergeben. Die Preisprüfungsstelle hat zunächst den Weiterverkauf der übriggebliebenen Häute in die Wege geleitet und wird die Durchführung scharf überwachen.

Die Königsberger Ostmesse entwickelt sich immer mehr zu einem Mittelpunkt des östlichen Übergangshandels. Die Frühjahrsmesse, die vom 18. bis 23. Februar abgehalten wurde, konnte am Mittwoch die höchste bisher erreichte Zahl der Besucher verbuchen. Es waren 40 000 Besucher, darunter viele Ausländer, anwesend. Der Geschäftsgang ist allerdings infolge des Dollarrückganges ziemlich ruhig und war nur zeitweilig lebhafter.

Devisenliste. Unserer geitigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 Sperr. Kronen abget. 31,96 Geld, 32,14 Brief; 1 tschechische Krone 674,31 Brief, 677,69 Brief; 1 bulgarische Lewa 192,66 Geld, 193,34 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 221,44 Geld, 222,56 Brief. 1 Polenmark kostete im freien Verkehr 45 bis 47 Pf.

Weiter bis Sonnabend mittag. Zeitweise aufkarend, jedoch überwiegend trübe, mit weitestehenden, vielfach ergiebigem Niederschlägen bei mäßigen Abkühlungen Winden, im Westen ein wenig über, im Osten ein wenig unter Null.



Trinke Quieta!
Das Geheimnis berühmter Kaffeekekchen.

Admirals-Palast

Sonntag, den 28. Febr., nachm. 3 Uhr:
Große Veranstaltung zugunsten der Ruhrflüchtigen
(Der volle Reinertrag wird der Ruhrspende überwiesen)

I. TEIL
Konzert, ausgef. von Mitgliedern der Kapelle der Staatsoper — Leitung: Dr. Fritz Siedry

- Ouv. rit. „Der Freischütz“ Weber
- Symphonie Es-dur Mozart
- Ouverture „Der Barber von Bagdad“ Cornelius

II. TEIL
Unter Mitwirkung der Damen:
Elisabeth von Endert, Käthe Dorsch, Emmy Sturm, Charl. Wiche, Geschwister Severus

Carl Ciewing, Arnold Rieck, Paul Morgan, Paul Graetz, Henry Bereny, Pröckl, Alfred Walters

Leitung: Julius Einödshofer
Orchester des Admirals-Palastes

Preise der Plätze: Gewöhnliche Abendpreise
Vorverkauf an der Theaterkasse, bei A. Wertheim
Invalidentank und allen Theaterflüchtlingen

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7 1/2 Uhr: 7. Sinfonie-Konzert	Volksbühne 7 1/2 Uhr: Das Wintermärchen	Kleines Th. Tägl. 8 Uhr: Die Unmoralischen
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell	Lessing-Th. Heute bis Mont. 7 1/2 Uhr: Bürger Schappel	Carola Toelle, Olga Limburg, Falkenstein, Kaiser-Titz
Deutsch. Theat. 7 Uhr: Zum Besten d. Vereins Berlin. Presse, Zl. Mala: Alt-Heldenberg Sbd. 7 1/2 Uhr: Improvisationen im Jungs	Deut. Künstler-Th. Abendlich 7 1/2 Uhr: Der Fürst von Pappenheim	Der Blaue Vogel Gottstraße 9 Nollendorf 1613 U. Abends 8 Uhr: Das 3. Programm
Mammerspiele 7 1/2 Uhr: Fr. Julie Langelot u. Sanderlein Sbd. 8: Der Kreis	7 Einakter a. a. Turgutov, Zubinski mit Rastow, Lustspielhaus	Walhalla-Th. Tägl. 7 1/2 Uhr: Beirate Deine Frau
Gr. Schauspiel. (Karlstraße) 7 1/2 Uhr: Die törichte Jungfrau Sbd. 7 1/2 Uhr: Die törichte Jungfrau Sonntag, 6. 23. Febr. 3 Uhr: Maschinenstürmer	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	Central-Theater 7 1/2 Uhr & 1. Male D. Aktienbaron
Abonn.-Verschiebung vom 26. Febr. auf 12. März; vom 27. Febr. auf 13. März; vom 28. Febr. auf 14. März	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	Casino-Theater 8 Uhr: Der neue Schläger Zum blauen Kakadu
Theater i. d. Königgrätz. Str. 7.45: Aus d. Leben d. Insekten	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	U. T. FRIEDRICHSTR. Stadt in Sicht
Komödienhaus Kameraden	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	U. T. ALEXANDERPL. Nora
Berliner Th. 7.15: Madame	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	U. T. WEINBERGWEG Der Frauenklub
Pompadour Hilde Wörner, Roberts, Hotel, Hasket	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	U. T. HASENHEIDE Unter Wilden und wilden Tieren
Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Es lebe das Leben!	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	U. T. SCHÖNEBERG Im Reiche des weißen Kleinsten Von 7. 2-1 & 28: Der Schauspieler der Herzogin
SOVA Internat. Varieté Sonnt. 7 1/2 halb. Preis d. voll. Prov.	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	U. T. WEINBERGWEG Der Frauenklub
Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Lissi die Kokette Pers. unter 18 Jahren haben keinen Zutritt	Das Prinzen Metropol-Theater U. New York-Berlin Sbd. 3: Die Bajadere Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert Katja, die Tänzerin mit Margit Sochy, Muth, Böckersachs, Pauben, Fiedke, Gross, Kamekio, 10. D. K. Sanderlein, m. Harald Paulson, Josefina Dora	U. T. SCHÖNEBERG Im Reiche des weißen Kleinsten Von 7. 2-1 & 28: Der Schauspieler der Herzogin

Komische Oper

(7 1/2 Uhr) Dir.: James Klein (7 1/2 Uhr)
Internat. Revue in 25 Bildern
Europa spricht davon
100 Mitwirkende! 6 Ball- und 100 Kostüme!
Mr. Jackson vom Alhambra-Theater in London mit seinen engl. Girls sowie die bekanntesten Darsteller von Bühne und Film
Vorverkauf ununterbrochen

U. T. FRIEDRICHSTR.
Stadt in Sicht

Admirals-Varieté

7 30 Febr.-Programm unübertrefflich

U. T. FRIEDRICHSTR.
Stadt in Sicht

U. T. ALEXANDERPL.
Nora

U. T. WEINBERGWEG
Der Frauenklub

U. T. HASENHEIDE
Unter Wilden und wilden Tieren

U. T. SCHÖNEBERG
Im Reiche des weißen Kleinsten
Von 7. 2-1 & 28:
Der Schauspieler der Herzogin

Wohnungsausschlag

in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Unter der Rubrik „Mobilisierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verband mit d. „Gr-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe**

Bei allen Zeitungsänderungen und Kopien zu haben. Vorrat und Hauptanzahl erhaltbar.

Zeltungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft
Jerusalemstr. 56 • Fernsprecher: Dönhoff 8170-3312

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Schlichter

Otto Pritzkau

am 20. Februar gehalten ist.
Über seinen Antritt!
Die Einbürgerung findet am Montag, den 26. d. M., nach 4 Uhr, im Auditorium Berlin, Gerichtstraße, statt. Kege Beteiligung erwartet.
1479 Die Dreierzeitung.

Berein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Der Beitrag beträgt ab 25. Februar d. J. für Beamtigte 2000 Mt., für Gewerkschaftsmitglieder 1720 Mt., für Invalidentagungsmitglieder (85a der Sozialgesetz) 280 Mt. Bezugslos ist erstmalig in der Woche vom 18.-24. Februar d. J. an möglich. Der Beibehaltungsbetrag für März d. J. beträgt höchstens 30 Mt.

Der Gauverein.

Mahngebührenart der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee

Für Abzahlung rückständiger Beiträge werden folgende Gebühren erhoben:
bis zum Betrag von 10 00 100 Mt.
„ „ „ „ 2000 „ 200 „
„ „ „ „ 10 00 „ mehr 50 „
Berlin-Weißensee, d. 7. Februar 1933.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.
Hr. Brühlwälder, geg. Schriftföhrer, Vorsteher.

Genehmigt gem. § 29 II S. 2 C.
Berlin, den 17. Februar 1933.

Vorsteheramt der Stadt Berlin (Kauptstelle),
gez. Dr. Reyer.

Vorsteheramt Mahngebührenart teil mit dem heutigen Tage in Kraft.
Berlin-Weißensee, d. 21. Februar 1933.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee
Brühlwälder, Vorst. Lehmann, Schriftföhrer

Circus Busch

Freitag, 24. u. 25. Febr.
Sonntag!
2 mal, 3 u. 7 1/2.
Fremdenlegionär
Nachm. 1 Kind frei
Neu-Circus-Session.

Zigaretten

aus reinem Tabak
15, 20, 25 u. 30 Stk.
sowie Karamell-Zigaretten
in großen Quantitäten
sich vorzuziehen.

Köpenicker
Straße 100 a
an der Brückenkante
B. Gellmanns „Zigaretten-
waren“ Großhandel.

Billige Seife

solange Vorrat reicht
Tollseife 100 Stk. an, Hauswirtschaftliche
Stück 600 an, Verbandswaife 100 u. 600 Stk.
Kleinstpackung 50, 100, 150 Stk. Fleber-
thermoemolie, gepulvert, 450 und 600 Stk.
Ordnungs- Schabcreme Dole 35 Stk.
Gutcreme 60 Stk. Zahnpasta 90
150 Stk. Deiwastine 30 u. 100 Stk. Gummi-
lauge, Aftalol, 90, 150 Stk. Damen-
binden 500, 700 Stk. Gürtel dazu
10 Stk. an, Casotta, große Tube, 75 Stk.
Metallpfeil 6 Stk., sowie viele andere billige
Artikel der Gummi- und Toilettenbranche
— Mengenabgabe vorbehalten. —
A. Mass & Co., Holzgasse 84,
an der Zehnstraße. Betriebs 9-6 Uhr.
Gegründet 1890.

Verkäufe

Reichsamt Reichsstraße 2 (Häufliches
Tort) verkauft feinstes elegantes
Anzüge, Schläpfer, Pelzstoffe, Gegenstände:
Kauf: Sporttasche, Orchester, Ankerknoten,
Belamantel, Hüfte oder Art, Reine
Lombardware.

Keppe, herrlicher Verleumdung, Di-
wanboden, Rücken billige Gegenstände,
Reiche, Kunstw. Kaiser-Friedrich-
straße 3 III.

Gegenstande: Bettwäsche fertige
Bettwäsche, Bettwäsche, Damen-
wäsche, Kleiderwäsche, Teppiche, Gar-
bieren, Prisen, Diwanboden, Bettdecken,
Eckdecken, Reine Lombardware, Bilden-
hol, Reiche, Reichsstraße 2.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Schlichter

Otto Pritzkau

am 20. Februar gehalten ist.
Über seinen Antritt!
Die Einbürgerung findet am Montag, den 26. d. M., nach 4 Uhr, im Auditorium Berlin, Gerichtstraße, statt. Kege Beteiligung erwartet.
1479 Die Dreierzeitung.

Berein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Der Beitrag beträgt ab 25. Februar d. J. für Beamtigte 2000 Mt., für Gewerkschaftsmitglieder 1720 Mt., für Invalidentagungsmitglieder (85a der Sozialgesetz) 280 Mt. Bezugslos ist erstmalig in der Woche vom 18.-24. Februar d. J. an möglich. Der Beibehaltungsbetrag für März d. J. beträgt höchstens 30 Mt.

Der Gauverein.

Mahngebührenart der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee

Für Abzahlung rückständiger Beiträge werden folgende Gebühren erhoben:
bis zum Betrag von 10 00 100 Mt.
„ „ „ „ 2000 „ 200 „
„ „ „ „ 10 00 „ mehr 50 „
Berlin-Weißensee, d. 7. Februar 1933.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.
Hr. Brühlwälder, geg. Schriftföhrer, Vorsteher.

Genehmigt gem. § 29 II S. 2 C.
Berlin, den 17. Februar 1933.

Vorsteheramt der Stadt Berlin (Kauptstelle),
gez. Dr. Reyer.

Vorsteheramt Mahngebührenart teil mit dem heutigen Tage in Kraft.
Berlin-Weißensee, d. 21. Februar 1933.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee
Brühlwälder, Vorst. Lehmann, Schriftföhrer

Circus Busch

Freitag, 24. u. 25. Febr.
Sonntag!
2 mal, 3 u. 7 1/2.
Fremdenlegionär
Nachm. 1 Kind frei
Neu-Circus-Session.

Zigaretten

aus reinem Tabak
15, 20, 25 u. 30 Stk.
sowie Karamell-Zigaretten
in großen Quantitäten
sich vorzuziehen.

Köpenicker
Straße 100 a
an der Brückenkante
B. Gellmanns „Zigaretten-
waren“ Großhandel.

Billige Seife

solange Vorrat reicht
Tollseife 100 Stk. an, Hauswirtschaftliche
Stück 600 an, Verbandswaife 100 u. 600 Stk.
Kleinstpackung 50, 100, 150 Stk. Fleber-
thermoemolie, gepulvert, 450 und 600 Stk.
Ordnungs- Schabcreme Dole 35 Stk.
Gutcreme 60 Stk. Zahnpasta 90
150 Stk. Deiwastine 30 u. 100 Stk. Gummi-
lauge, Aftalol, 90, 150 Stk. Damen-
binden 500, 700 Stk. Gürtel dazu
10 Stk. an, Casotta, große Tube, 75 Stk.
Metallpfeil 6 Stk., sowie viele andere billige
Artikel der Gummi- und Toilettenbranche
— Mengenabgabe vorbehalten. —
A. Mass & Co., Holzgasse 84,
an der Zehnstraße. Betriebs 9-6 Uhr.
Gegründet 1890.

Verkäufe

Reichsamt Reichsstraße 2 (Häufliches
Tort) verkauft feinstes elegantes
Anzüge, Schläpfer, Pelzstoffe, Gegenstände:
Kauf: Sporttasche, Orchester, Ankerknoten,
Belamantel, Hüfte oder Art, Reine
Lombardware.

Keppe, herrlicher Verleumdung, Di-
wanboden, Rücken billige Gegenstände,
Reiche, Kunstw. Kaiser-Friedrich-
straße 3 III.

Gegenstande: Bettwäsche fertige
Bettwäsche, Bettwäsche, Damen-
wäsche, Kleiderwäsche, Teppiche, Gar-
bieren, Prisen, Diwanboden, Bettdecken,
Eckdecken, Reine Lombardware, Bilden-
hol, Reiche, Reichsstraße 2.

Verkäufe

Reichsamt Reichsstraße 2 (Häufliches
Tort) verkauft feinstes elegantes
Anzüge, Schläpfer, Pelzstoffe, Gegenstände:
Kauf: Sporttasche, Orchester, Ankerknoten,
Belamantel, Hüfte oder Art, Reine
Lombardware.

Keppe, herrlicher Verleumdung, Di-
wanboden, Rücken billige Gegenstände,
Reiche, Kunstw. Kaiser-Friedrich-
straße 3 III.

Gegenstande: Bettwäsche fertige
Bettwäsche, Bettwäsche, Damen-
wäsche, Kleiderwäsche, Teppiche, Gar-
bieren, Prisen, Diwanboden, Bettdecken,
Eckdecken, Reine Lombardware, Bilden-
hol, Reiche, Reichsstraße 2.

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Kaufgesuche

Wohnungsausschlag
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen